

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.00. Monatlich 35 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4669 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg. auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 217.

Sonntabend, den 16. September 1905.

12. Jahrg.

Stehen eine Beilage.

Die zarische „Konstitution“ und die Kämpfe des jüdischen Proletariats in Rußland.

Der jüdische Arbeiterbund in Rußland sendet und folgenden Entwürfs- und Verzweigungsform zu: Die russische „Konstitution“ ist veröffentlicht worden. Und wenn es legentlich nicht geben sollte, die dieses Parlament als eine Uebergangsform der bürokratischen Regierung in ein konstitutionelles Regime einzuführen würden, so müßten die Daten der russischen Regierung gerade in den letzten Tagen vor der Veröffentlichung dieser „Konstitution“ auch diesen leidigständigen Zeiten die Augen öffnen. Kein Tag vergeht jetzt, wo nicht die Telegraphenagenturen über eine ganze Reihe von Taten und Verwundeten in dem Rische Väterchen melden. Blut fließt überall, und insbesondere in jenen Gegenden, wo das jüdische Proletariat lebt und sich zum Kampfe erhoben hat. Allelei Systeme der Unterdrückung der jüdischen Arbeiterbewegung wurden angebracht. Zuerst wurden die härtesten und ausgebeuteten Volksmassen gegen die Juden angehetzt; als dies nicht in vollkommener Weise die Hoffnungen der zarischen Regierung erfüllt hatte, wurden zu diesem Zwecke spezielle Organisationen aus dem jüdischen Ghetto geschaffen, die sogenannten „Schwarzen Bänder“; als aber auch die „Schwarzen Bänder“ durch die Solidarität der arbeitsfähigen und jüdischen Arbeitermassen und der vom Bunde überall gebildeten harten Selbstschutz-Organisationen der Regierung nicht viel einbrachten, wurden die Reservisten mobil gemacht, die mit Pistolen bewaffnet auf die Juden losgelassen wurden, wie z. B. in Brest, Lwow, Minsk u. a. Aber auch diese Maßnahmen befriedigten nicht den Hunger der zarischen Regierung, die jetzt zu einem noch schrecklicheren Mittel griff: es werden Zusammenstöße mit den Kosaken und Soldaten provoziert. Dann wird unter irgend einem Vorwande alles ringsum niedergeschossen, unbegründet, ohne Unterschied des Alters und Geschlechts. Man schlägt in die Fenster, in die Höfe, man bringt in die Wohnungen ein, jeder zufällige Passant wird niedergestreckt. Die Verwundeten verbluten, da keine ärztliche Hilfe zugelassen wird. „Wenn wir es für nötig finden, werden wir die ganze Stadt vollständig zerstören“ — sagte der polnische General Soulebowitz zu der jüdischen Deputation, die zu ihm gekommen war. „Wenn wir einen einzigen meiner Soldaten irgend etwas passiert, werde ich die ganze Stadt dem Militär zur Verfügung drei Tage lang preisgeben“ — waren die Worte des Divisionsgenerals Wajns in Minsk. Unter solchen Bedingungen treten wir in die Welt des „Konstitutionellen“ Regimes ein. Aus folgenden Städten aus dem Kiewer Bezirk wird über die Schreckensherrschschaft der neuangeordneten „Verfassungs“-Regierung nachfolgendes gemeldet:

Minsk. Bei einem Zusammenstoß zwischen den Kosaken mit friedlich spazierenden Arbeitern wurden bis 20 getötet, viele verwundet; eine vieltausendköpfige Menge begleitete die Opfer zu ihrer letzten Ruhestätte. Voran wurde das Heub eines Gefallenen, mit seinem Blute, getränkt, getragen. . . .

Bobruisk. Eine Versammlung wurde im Walde umzingelt und in diese geschossen. 2 Tote, 20 Verwundete, einige hundert Verhaftete. . . .

Warschau. Bis 350 Verhaftungen sind in der letzten Woche vorgenommen.

Wilna. Am Tage der Kriegsgerichtsverhandlung über den Arbeiter Person, am 17. August, der einen Polizeileutnant in Winal leicht verwundet zu haben beschuldigt wird, wurde der Generalfreist proklamiert. An diesem Tage wurden circa 100 friedlich spazierende Arbeiter verhaftet; ein Teil von ihnen wurde nach ihrem Geburtsort verbannt wo sie dem Hunger überliefert sind, die anderen wurden ins Gefängnis geworfen. Dann wurde eine große musikalische Abendgesellschaft, an der circa 300 Personen aus der Teilnehmerzahl teilgenommen hatten, ausgetauschelt; dabei viele von den Kosaken verwundet. Sehr oft trifft man jetzt auf

der Straße Leute mit verbundenem Kopf. Auf der Arbeiterbörse wüten bestialische Kosakenbänden.

Bobruisk. Die heftigen Ereignisse sind sehr charakteristisch für die Handlungen der Nachhaber. Auf dem Markte ereignete sich eine Schlägerei zwischen jüdischen und christlichen Dieben, wobei die letzteren verwundet wurden. Da man anfangs nicht wußte, um was es sich handelte, entstand in der Stadt eine Panik. Die Selbstschutz-Abteilung, die alsbald auf dem Markte erschien, machte der Schlägerei ein rasches Ende. Alles war wieder ruhig. Mit einem Male kommt eine Abteilung von Kosaken an, alle betranken, und fängt mit den Razaken und den Säbeln alles niederzuknien an. Des Bild war so empörend, daß einige Offiziere, die gerade vorbeigingen, sich zum Polizeimeister und Kosakenoffizier wandten und sie auf die unparthysischen Handlungen der Kosaken aufmerksam machten. „Das geht Sie gar nichts an!“ war die Antwort des Polizeimeisters.

Homel. Seitdem der neue Polizeimeister hier waltet, der in jenem berühmten Wad verlobt, daß er jeden „Demokraten“, der sich auf 50 Schritte seinem Wagen nähert, niedererschließen lasse, herrscht hier geradezu der Kriegszustand. Die Pöbelhorden überfallen die Einwohner; in allen Straßen wird geschossen; es gibt schon bis 30 Verwundete.

Mohilem. Hier waren auch Zusammenstöße mit Kosaken und Soldaten, weil die Arbeiter von der Börse aus einander getrieben werden; im ganzen zwei Tote und einige Verwundete.

Schitomir. Am Tage der Kriegsgerichtsverhandlung über Sidorski, der den Polizeileutnant Kujarow, die Seele des Schitomirer Massakers, getötet hatte, haben die Kosaken besonders gewütet. Ein Offizier tötete ein junges Mädchen, einige wurden verwundet. Die Gerichtsverhandlung konnte nicht stattfinden. An diesem Tage war im Ortgefängnis unter den kriminellen Verbrechern eine Revolte ausgebrochen. Sie verlangten, daß Sidorski nicht vor ein Kriegsgericht, sondern vor ein gewöhnliches Gericht gestellt werde. Die Soldaten beschossen das Gefängnis; einer von den Beschäftigten wurde getötet, einige verwundet.

Werdikow. Während der letzten Manifestation, an der 2000 bis 3000 Menschen teilgenommen haben, wurde geschossen; 60 Mann sind verwundet worden; einer von denselben ist bereits gestorben; viele sind verhaftet worden.

Das waren also die Vorbereitungen der neuen Ära. Selbstverständlich wird die zarische Regierung auch mit diesem blutigen Kreuzzug nur die entgegengesetzte Wirkung erreichen, die sie bezweckt; statt Furcht und Niedergeschlagenheit einzuführen, wird sie nur neuen Haß erwecken und eine tiefe Sehnsucht, mit der verbrecherischen Clique schneller fertig zu werden, hervorrufen. Und gerade die demonstrativen Verwundungen bald nach diesen schrecklichen Ereignissen, an denen Byniaufende, und zwar viele von den unauferhörten Arbeitern, teilgenommen, die roten und schwarzen Fahnen, die dabei getragen, die flammenden Reden, die dabei gehalten werden — das alles spricht am besten dafür, daß es der Regierung durch solche Maßnahmen durchaus nicht gelingen wird, die jüdische Arbeiterbewegung zu erstickten.

Politische Standpunkte.

Deutschland.

Zur Fleischnot nahm eine in Berlin tagende Versammlung der Fleischlieferanten für die Militärverwaltungen Deutschlands Stellung. Es wurde eine Petition an den preussischen, bayerischen und sächsischen Kriegsminister angenommen; dieselbe lautet: „Die von keiner Seite mehr bestrittene, selbst vom Herrn Landwirtschaftsminister zugegebene Fleischknappung in deutschen Bänden ist für uns Fleischlieferanten des deutschen Reiches noch zu einer ganz besonderen Fleischnot geworden, indem es uns stetig schwerer wurde, das für die Armeen bestimmte Fleisch usw. in der Qualität zu beschaffen, wie es die Preisverwaltungen auf Grund der mit uns geschlossenen Verträge verlangen. Die deutschen Fleischmärkte sind bei der dargelegenen Preissteigerung zur Zeit gänzlich außer Stande, brauchbares Rohmaterial für die gedachten Zwecke zu liefern. Solcher Gestaltung der Dinge stehen die Lieferanten wie einer „höheren Gewalt“ gegenüber, und da möchte es nicht wunder nehmen, wenn der eine oder andere Lieferant gegenwärtig würde, seine Tätigkeit einzustellen. Die Zurückhaltung zu hoch bemessener Forderungen seitens der Militärbehörde und die Tatsache mehrfacher Meinausschreitungen von Fleischlieferungen entsprächen der geschädigten Solidarität auf dem deutschen Fleischmarkt. Wenn dieser aber so bald nicht in der Lage sein kann, seinen Wandel zu schaffen, so bleibt nur der Ausweg, vom Auslande her Schlachtvieh über die deutschen Grenzen herbeizulassen, soll anders nicht die Ernährung der Armeen auf ein niedrigeres Niveau herabgesetzt werden. Unsere gehorhächste Bitte geht nunmehr dahin, Eure Excellenz wolle angesichts des geschädigten Rohstoffes und der mangelhaften

Wirkung auf die Ernährungsverhältnisse des deutschen Heeres ihr machtvolles Wort dafür einlegen, daß die Grenzen des Reiches in angemessener Weise für die Zufuhr von Schlachtvieh geöffnet werden.“ Mit der Absendung der Petition an die drei Kriegsminister wurden die Lieferanten des Wardehofs beauftragt, die auch erforderlichenfalls die Vertretung aller deutschen Militärlieferanten bei Verhandlungen mit den Militärbehörden übernehmen werden.

Das Hanseentum in der Kolonialpolitik. Der bevorstehende Wechsel in der Leitung der deutschen Kolonialpolitik hat vor kurzem das Gerücht entstehen lassen, daß zum Nachfolger des ehemaligen Kolonialdirektors kein Berliner Beamter, sondern ein Hamburger Großkaufmann anzuordnen sei. Das Gerücht ist rasch demontiert worden. Dem „Hann. Courier“ wird dazu aus Hamburg geschrieben, es erscheine überhaupt sehr zweifelhaft, ob gerade unter den gegenwärtigen verfahrenen Verhältnissen ein geeigneter Großkaufmann zur Übernahme des vordem Amtes sich hätte bereit finden lassen. Immerhin liegt aber in dieser Nachricht ein Moment, welches wirklich einmal genauer unterleuchtet zu werden verdient. Diese Unterleuchtung faßt sich im wesentlichen in folgendes zusammen: „Es ist kein Zweifel, daß in unserer Kolonialverwaltung dasjenige Element, welches von unseren kolonialen Verhältnissen aus eigener Anschauung und Erfahrung die beste Kenntnis hat, so gut wie gar keinen Einfluß besitzt. Wir sind der Ansicht, daß die Erfahrung der hanseatischen Kaufleute in bezug auf unsere Kolonien für die Kolonialverwaltung fast gerächt nutzbar gemacht wird. Und doch muß jeder Verständige sich sagen, daß der Kaufmann, welcher seit Jahren seine Niederlassungen in West- und Ostafrika hat, der gewohnt ist, geeignete Verhältnisse für diese Niederlassungen auszuwählen und hinauszufinden, daß der Exporteur, der den Charakter und die besonderen Wünsche der eingeborenen Abnehmer seiner Waren erforscht hat und kennt, auch das beste Urteil über die Art und Weise der Verwaltung der Kolonien haben sollte. Diese Ansicht verflößt natürlich gegen die obersten Grundsätze der Bureaucratie, nach denen nur ein vorchriftsmäßiger Studiengang und ein wohl bestandenem theoretischem Examen die Befähigung zur Bekleidung von Kolonialämtern erbringen. Höchstens entschließt man sich dazu, daß man einen jungen Beamten, der sich auf die Verwaltungslaufbahn in den Kolonien vorbereitet, einige Monate, vielleicht auch einmal ein Jahr, bei einer hanseatischen Handelskammer arbeiten läßt. Aber die wahren Kenntnisse, die für sein Amt erforderlich sind, hat er doch in seinem vorherigen Studiengang erworben. Es ist jetzt der Katastrophe in unserer südwestafrikanischen Kolonialpolitik viel über den Affektivismus in der Kolonialverwaltung geklagt worden. Man hat dann den Militarismus als geeignetes Gegenmittel empfohlen. Ob man damit mehr Erfolg haben würde, scheint nach den jüngsten Erfahrungen mit der Verwaltung des militärischen Hochkommandierenden in Südwestafrika nicht gerade über jeden Zweifel erhaben. Nur von der Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung des kaufmännischen, namentlich des hanseatischen Elements in der Verwaltung unserer Kolonien hört man nichts. Und doch muß man zugeben, daß die Hanseaten den ersten Grund zur deutschen Kolonialpolitik gelegt haben, daß sie auch jetzt noch an so vielen überseeischen Plätzen, sei es an der Westküste von Südamerika, sei es in Ostasien und anderen Gegenden, in erster Linie dafür sorgen, daß der deutsche Name an erster Stelle steht und an vielen nicht deutschen Plätzen einen sehr viel besseren Klang hat, als in so mancher unserer deutschen Kolonien. Es würde wahrlich unsere Kolonien nicht schaden, wenn man dem hanseatischen Element einen stärkeren Einfluß auf die Verwaltung der Kolonien einräumen wollte.“ — Das Gesagte wäre, so bemerkt dazu unser Hamburger Parteivorstand, man gäbe das ganze jetzige System der Kolonialpolitik preis und lehrte zu dem Zustande zurück, von dem sie in unheilvoller Weise zu einem Stück Weltmächtpolitik sich entwickelt hat: zu dem alleinigen Regiment der hanseatischen Handelskammer, auf deren alleinige Kosten und Verantwortung dieser Zustand ist vom Hanseentum früher viele Jahre mit großer Entschiedenheit als der handelspolitisch allein richtige verteidigt worden. Fürst Bismarck hat sich, als das Reich anfing, sich in die kolonialen Unternehmungen und Einrichtungen einzumischen, zu ihm bekannt und Rücksicht und Hilfe für die Kolonien der Handelskammer nur in sehr bedingter und begrenzter Weise zugebilligt.

Eine offizielle Erklärung wird an der Spitze der „Nordb. Allgem. Stg.“ zu der Disziplinäruntersuchung gegen den Verfasser des Buches über die Zukunft Rußlands und Japans, Regierungsrat Martin, abgegeben. Sie lautet: „In verschiedenen Blättern ist von einem Fall Martin die Rede, der darin bestehen soll, daß gegen den Regierungsrat im kaiserlichen statistischen Amt Martin wegen der in seinem Buche über Japan und Rußland geäußerten Ansichten Ermittelungen eingeleitet seien, und daß sich die Regierung bemühe, die Ver-

breitung des Buches zu hindern. Ob sich diese Meinung festsetzt, wollen wir erklären, daß sie auf ganz falschen Tatsachen beruht. Der Inhalt des Martinischen Buches ist für die amtliche Stelle vollständig mit der Erklärung erledigt, die wir am 3. d. Ms. veröffentlicht haben. Für die Reichsbehörden ist es daher auch ganz gleichgültig, ob und in welchem Umfang das Buch weiter vertrieben wird. Wichtig ist, daß amtliche Ermittlungen angestellt worden sind; diese beziehen sich aber lediglich auf die Frage, ob der Regierungsrat Martin, als Autor einer Privatarbeit, bei Abschluß des Verlagsvertrages und bei der Abfassung eines Prospektes für den Vertrieb des Buches die Rücksichten auf seinen Amtskarakter gewahrt, oder ob er — wie auch aus einer Erklärung des Verlegers hervorgeht — die amtliche Eigenschaft seiner Person mißbraucht hat. Hiernach erhebt der sogenannte Fall Martin des politischen Charakters, den ihm ein jenseitiger Blattverleger versucht haben. — Diese offizielle Erklärung ist einfach und klar. Im übrigen: Politisch ist der „Fall“ bereits dadurch geworden, daß in der ersten Erklärung der „Nordb. Allg. St.“ nicht lediglich die Frage des etwaigen Mißbrauchs des Amtskarakters erörtert wurde. Vielmehr ergriff die erste offizielle Erklärung in auffälliger Weise für Rußland und seine Finanzen Partei, indem die Martinischen Warnungen vor dem russischen Staatsbankrott als unhaltbar bezeichnet wurden. Dadurch kränzte die offizielle Note dem russischen Reiche einen Vorwurf, der mit der Frage des etwaigen Mißbrauchs des Amtskarakters nicht das geringste zu tun hat.

Hunderttausend Einwohner und ein Waggon Schweine! In Kassel verübte dieser Tage triumphierend der Syndikus der dortigen Handwerkskammer, die agrarische Viehverwertungsanstalt habe sich in einem Telegramm an den Reichstagsabgeordneten Zeitmann bereit erklärt, einen Waggon Schweine nach Kassel zu liefern. Das Telegramm sei dem Obermeister der Kasserer Fleischerei zugestellt, und es werde gehofft, daß die Forderung davon Gebrauch mache und damit nicht nur dem Schweinemangel abhelfe, sondern auch die hohen Preise zum Sinken bringe! — Die Stadt Kassel hat mehr als 100 000 Einwohner. Der Spieß ist ungefähr soviel wert, als wollte man in Berlin den Durst der zwei Millionen Menschen an einem heißen Sommertage mit einer Tonne Bier löschen. Es würde uns nicht wundern, wenn die guten Kasserer über das Waggontelegramm in Dampf verfielen.

Neues von unseren „herrlichen“ Kolonien. Nach einer Meldung aus Hamburg veröfflicht die Hamburger Datanga-Firma eine energische Protestklärung mit schweren Anschuldigungen gegen das von der Gesellschaft Südamerika betriebene „Kongo-System“. Die Schwarzen würden ohne Veranlassung niedergeknallt. Der Umstand, daß die Gesellschaft eine Expedition ausrichtete gegen die Njambeute, um eine Forderung von 100 000 M. einzutreiben, sei die erste Veranlassung gewesen zum Ausbruch von Unruhen. Auch das räuberische Vorgehen des Grafen Schlippenbach, der mit dem der Gesellschaft gehörenden Dampfer die Fischerei-Anlagen der Neger zerstörte, habe Grund zur Unzufriedenheit gegeben. Die Erklärung schließt mit der Forderung, daß Südamerika dem deutschen Handel offen bleiben müsse. „Wir sind nicht gesonnen, uns durch weitere Konzessionen der Regierung an die Gesellschaft Südamerika hinanzulassen.“

Zur Reichstagswahlwahl im Wahlkreis Preussisch-Pommern. Infolge des Ablebens des Grafen zu Dohna-Schlodien erforderlich wurde, ist der Termin auf den 2. November anberaumt worden. Bei der letzten Wahl in diesem Kreise entfielen auf den Konservativen 9176 Stimmen, auf den Sozialdemokraten 706, auf den Freisinnigen 394 und auf das Zentrum 80 Stimmen. Man sieht, dieser Kreis gehört mit zu den dunkelsten Wäldern in Deutschland.

Ein württembergischer Minister über die Fleischnot. Am Montag hatte der Oberminister der Stuttgarter Regierung, Herr Hüßmann, eine Audienz beim Minister des Innern v. Bischoff, dem er die Wünsche seiner Berufsgenossen gegenüber der herrschenden Viehzüchtung vorbrachte. Der Minister erklärte bei dieser Gelegenheit, daß die Notlage offenbar undig zutage trete, und daß eine Besserung sehr erwünscht sei. Er sei gern bereit, eine Entschärfung herbeizuführen, soweit dies unter den gegebenen Verhältnissen möglich sei. Eine Deffnung der Grenze ist aber ausgeschlossen, weil überall der Vieh und Schweinebestand vermindert sei. Vor allem Oesterreich-Ungarn liege die Tendenz, auch sein Vorrat die Preise ebenso hoch wie bei uns. Ueber die Deffnung der Grenzen gegen Dänemark, Holland und Frankreich hat aber der Bundesrat zu entscheiden. Bezüglich man hieser Antwort Bischoff mit den Ausfertigungen des Reichstags, so wird man zu sehen müssen, daß der schädliche Mißbrauch im Grunde genommen sich von seinem preussischen Kollegen nicht unterscheidet. Dort, wo sie die Macht hat, schließt die württembergische Regierung fahrlässige Gränze gegen die Deffnung der Grenzen vor, und dort, wo diese Gränze jeden Schein einer Berechtigung verloren haben, wird auf den Bundesrat verwiesen. Es ist aber bisher nicht bekannt geworden, daß die württembergische Regierung die Einberufung des Bundesrats verlangt hat, um dort die Deffnung der Grenzen zu beantragen. Trotz des markierten gütigen Herzens Bischoffs wird also auch in Württemberg nichts zur Besserung der Fleischnot unternommen werden. Nach dem, der Presse zugewandene Bericht über die Audienz betonte Bischoff, daß zu der Viehzüchtung weitestgehend das viele Geschrei in der Presse und in den Versammlungen beigetragen habe, es sei deshalb wünschenswert, daß eine ruhigere Auffassung der Lage eintrete. Das ist allerdings ein billiges Vergnügen, die Presse für die bestehende Not verantwortlich zu machen. Es mag ja zutreffen, daß die Minister nicht infommiert worden wären, wenn die Zeitungen die Fleischnot ignoriert hätten. Da es aber nicht die Aufgabe einer unabhängigen Presse ist, auf das Mißgebühren der hohen Herren Rücksicht zu nehmen, wird man sich in der „maßgebenden“ Kreise schon entschließen müssen, die Fleischnot in anderer Weise zu bekämpfen als dadurch, daß man versucht, der Presse einen Maulkorb anzulegen.

Kleine politische Nachrichten. Die nationalliberale Vertrauensmännerversammlung in Eisenach stellte ein-

stimmig den dortigen Prof. Dr. Flex als Kandidaten für die Reichstagswahl auf. — Der österreiche Reichsrat ist auf den 26. September einberufen worden. — Der ungarische Minister des Innern Kristoffy wurde im Wahlbezirk Boglan einstimmig zum Reichstagsabgeordneten gewählt.

Norwegen.

Der schwedisch-norwegische Scheidungsprozess ist in letzter Stunde auf anscheinend unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen, indem man sich auf beiden Seiten auf ein Scheitern der Verhandlungen gefaßt macht. Das freilich noch nicht gleich den Krieg zur Folge haben dürfte. Die „Aftenposten“ läßt sich aus Kopenhagen melden: Man sieht jetzt vor einer endgültigen Entscheidung. Die schwedischen Delegierten halten unerschütterlich an den von dem außerordentlichen Reichstag gestellten Bedingungen fest. Wie bekannt, soll ihr Verhalten zur Sache der Gerichtsfrage herantreten, daß beide Parteien nur vollständig zusammenarbeiten können. Inzwischen ist die Lage nicht ganz hoffnungsvoll. Auch von verschiedenen Seiten in Schweden wird hervorgehoben, daß der Abbruch der Verhandlungen noch nicht einen Krieg zu bedeuten brauche. — Es ist zu hoffen, daß die Schwierigkeiten recht bald behoben werden.

Rußland.

Zur Lage in Baku. Die Direskomitees von Astrachan und Barytin haben an den Finanzminister telegraphiert, daß die Einstellung der Lieferung von Naphtha die Wolga-Dampfschiffahrt bedrohe. Infolge dessen empfing der Minister die Vertreter der Naphthabetriebe, die sich damit einverstanden erklärten, die Naphthalieferung für die Eigentümer der Dampfer zu erneuern, um so die der Wolgaschiffahrt drohende Krise abzuwenden.

Nach dem Petersburger Blatt „Nascha Schin“ soll beschlossen worden sein, in Baku etwa 18,000 Mann Militär zusammenzuführen, das teilweise aus dem europäischen Rußland kommen soll.

Negobatow degradiert. Der russische Marineminister ließ der japanischen Regierung die Nachricht von der Degradation Negobatows übermitteln, damit sie ihm nicht mehr die Ehre erwirke, die ihm früher infolge seines Ranges zustanden.

Baku. Die russische Regierung hat jetzt im Kaukasus den Kopf in der Schlinge. Was dort jetzt geschehen ist und noch geschehen hat, ist verurteilt, aber nicht gewollt. Das gewissenlose Verbrechen der Völkerverhetzung, das sie mit solcher Kraft betriebe hat, wendet sich nunmehr unerbittlich gegen sie selbst. Die aufgeregten Instände der Taren haben zu einem heiligen Krieg gegen alle, auch gegen die bestehende Macht und Obrigkeit geführt. Und schon berichtet die Petersburger Telegraphen-Agentur, daß die jetzige Tarenbewegung im Kaukasus alle Spuren eines Verbrechens gegen die Integrität der Staatsmacht Rußlands aufweise. „So, die blutigen Gemüter, richten sich nicht mehr gegen die Armenier allein, sondern nicht weniger gegen Rußland selbst. Was hat aber die russische Regierung mit alles getan, um die Flamme des Aufruhrs zu entfachen? Seit zwei Jahrzehnten hat sie eine eigenartige Methode der „Russifizierung“ der Kaukasus; sie schürt unaufhörlich den gegenseitigen Haß der Völkergemeinschaften, mit denen jenes Territorium befaßt ist, und tritt alles nieder, was sich lebensfähig zeigt. Weil die Taren noch völlig verblödet und gefügige Knechte waren, ließ sie ihnen ihr uneingeschränktes Wohlwollen zuteil werden. Dagegen richtete sie ihre ganze Verfolgungswut gegen die Armenier, als für merke, daß sie Verläufe zu nationaler Wiederverjüngung, zu kulturellem und wirtschaftlichem Fortschritt machten. Sie revolutionierte selbst die besten Elemente unter den Armeniern mit unheimlicher Schnelligkeit, als sie ohne den geringsten Schein von Recht nur im Vollbewußtsein ihrer Macht die brutalsten Maßregeln gegen die Armenier traf. Es ist bekannt, wie sie eine große Menge von ihnen, auch unschuldische, zu Opfern ihrer administrativen Willkür machte, wie sie mehrere hundert armenische Schulen schloß und so 30 000 Kinder der Schulbildung beraubte, wie sie Wohlthätigkeitsanstalten unterdrückte und Zeitungen unbarmherzig verfolgte, wie sie schließlich der armenischen Kirche ihre Besitztümer im Werte von Dutzenden von Millionen entriß und so das ganze Volk gegen sich empörte. In besonderer Blüte gelangte dieses System durch den berüchtigten Fürsten Solik in unter dem Regime Plehwe. Da galt die Regel: je mehr Empörung, desto besser! Taren, die mohammedanischen Stützen der christlichen Regierung, wurden dazu außerseht, der Volkzeit beifällig zu sein, verdächtige Armenier auszuspiiren und einzufangen, und sie betrieben dies Handwerk mit größter Hargen. Unwäglich gewöhnten sie sich an den Glauben, daß die Armenier vogelfrei seien, und ihr ganzer Haß, der ihnen gegen jene latent war, flackerte bis zur fanatischen Grausamkeit hervor. Das System Plehwe Solik fand in Alexander, dem offiziellen Gouverneur und inoffiziellen Herrscher von Baku, und im Ertrwonen Wizegouverneur Andrejew eberbürtige Kreaturen. Sie alle, die Plehwe, Solik, Nataschidze, Andrejew sind dann in kurzer Zeit hinweggemäht worden. Bombe und Revolver haben die Menschheit von diesen Großenkern und staatslich konfessionierten Herrern befreit. Aber die Früchte ihrer Arbeit sind keineswegs geschwunden. Der neue Verweser des Kaukasus, Graf Woronzow-Daskow, hat zwar den Versuch gemacht, in friedliche Bahnen einzulenken, aber abgesehen davon, daß es zu spät war, vermochte er nicht, den Geist der Götzen und Konjosten aus der ihm unterstellten Bureaukratie zu bannen. Denn neben den Maßnahmen des Verwesers ging auf der anderen Seite die Aufhebung immer weiter. So ist die Katastrophe gesonnen. Bistlichkeit auch gerade deswegen, weil die Taren wahrnahmen, daß von oben wenigstens den Armeniern eine neue Acta angefündigt worden ist; da brach denn der Bohn los, auch gegen die Verwaltung, als diese sie und da das Niedermegeln und Mordbrennen als unstatthaft erklärte. Die Macht der russischen Bureaukratie hat sich hierbei im Kaukasus als minimal erwiesen. Seit Monaten konnte man die Gärung unter den Taren, und bereits zu Beginn des August wußte man in Petersburg, offiziellen Kreisen, daß Baku völlige Vernichtung droht. Und doch geschah fast nichts, um das Unglück zu verhindern. Seltener war übrigens die Rolle des Generalgouverneurs von Baku, Fadschew. Als ihm kurz vor Ausbruch des Aufstandes 6 Personen meldeten, daß eine gefährliche Tarenbewegung zu konstatieren sei, daß im Rayon Balachany ein Ueberfall zu erwarten sei, ließ er ihnen zu: „Ruf-

nahmen sind getroffen; beruhigen Sie Ihre Nerven!“ In noch am vorigen Montag, als bereits Blut geflossen war, als bewaffnete Taren auf den Straßen standen, meinte er: „Auf den Werken ist genährd Militär. Es sind bestimmte Befehle gegeben, die Taren werden gestrikt werden, bevor sie zu den Werken gelangen!“ Die Versicherung des Generalgouverneurs ist arg widerlegt worden. War es diesmal im Kaukasus am Anfang Doppelspiel, der Versuch, noch eine blutige Belehrung der Armeniern zu erteilen, so war der Schluß jedenfalls Dummheit. Denn später nahm die Verwaltungskammer so, oder als Freiwillige in die Reihen der kämpfenden Soldaten auf und schloß mit Taren gegen die aufgestellten Tolar. Aber es half nichts. Dazu ist so gut wie verurteilt, und die Taren sind zu offenem Aufstand übergegangen. Jetzt hoffen die Befehle herunter, vom Herrn, vom Statthalter, vom Ministerium, von den anderen, Wäteres Militär, jetzt upper, Matürle nicht ein und Blut wird von neuem fließen. Aber der Brand, der überall auf flackert, ist nicht so bald zu löschen. Der Tod hält seine Gunte und dem Nationalwohlstand, sind neue furchtbare Wunden geschlagen.

Oesterreich-Ungarn.

„Einige ganz nüchterne Feststellungen“ trifft die Wiener „Abendzeitung“ zur ungarischen Krise und dem Eingreifen des alten Franz Josef in dieselbe: Der ungarische König hat es verboten, daß im Reichslande ein Gesetz eingebracht werde, durch das den ungarischen Arbeitern das politische Recht verweigert werden würde. Es gibt in Ungarn 4,3 Millionen erwachsener Männer, von denen eine Million das Wahlrecht hat, von denen 3,3 Millionen rechtlos sind. Der ungarische König will, daß dieser Zustand aufrecht erhalten bleibt, und er entläßt das Ministerium, das diesen Zustand ändern wollte. Welches war das Argument, durch das der ungarische König am ständigen beiflugt wurde? Daß die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts die „Gefahr“ hervorrufe, daß auch den Arbeitern in Oesterreich das gleiche Recht werden müßte. In Oesterreich wählen 5431 Großgrundbesitzer 85 Abgeordnete, 5018217 Menschen 72 Abgeordnete. Der österreichische Kaiser erwachtet dieses Verhältnis als vollkommen gerecht, ist der Ueberzeugung, daß die Volksmassen damit soviel an Recht erhalten, als ihnen gebührt. Der ungarische König hätte die Wahl, die Erfüllung entweder seines Majestätsrechts auf die 98 deutschen Romanoworte, oder die Erfüllung des Rechtes des Volkes, das Wahlrecht für die 3,3 Millionen Rechtlosen zu erlangen. Er hat es vorgezogen, die Wahlreform fallen zu lassen und dafür den Verzicht auf die Forderung nach der magyarischen Romanowprache zu erhalten. Die Entscheidung, daß den ungarischen Arbeitern kein Recht werden soll, ist die Entscheidung des Königs selbst. Seine verantwortliche Regierung hat ihm die tragende Verantwortung der Arbeiter ihr Recht zu geben, er aber hat den Rat verhorfen. Wenn die drei Millionen erwachsenen Männer weiter rechtlos bleiben, so wissen sie, daß es so ist, weil es so ihr König will. Daß den österreichischen Arbeitern nie mehr Murecht gegeben werden soll, als sie jetzt haben, daß sie also immer Staatsbürger fünfter Klasse bleiben, wie ihr volles Recht erhalten sollen, ist Wille und Beschluß des Kaisers. Die Entscheidung des Monarchen ist eine so wichtige Sache, daß es unziemlich wäre, ihrer zu vergessen. Also sei auch ganz nüchtern festgestellt: Die Arbeiter werden sich diese Entscheidung merken. Die ungarischen Arbeiter und die Arbeiter in Oesterreich.

Spanien.

Der erste Sozialdemokrat. In Spanien haben am Sonntag Parlamentswahlen stattgefunden. Unsere Massen waren dort eifrig an der Arbeit und trugen sich mit der Hoffnung, endlich in die Cortes einzudringen. Diese Hoffnung legten sie schon seit Jahren; immer vergeblich. Jetzt endlich sind die Anstrengungen von dem ersten Erfolg gekrönt worden. Es kommt die frohe Kunde, daß Genosse Pablo Iglesias in Bilbao gewählt worden ist. Mit ihm zieht der erste Sozialist in das spanische Parlament ein. Es wird uns nicht mehr lange dauern, bis der Volkskämpfer der spanischen Sozialdemokratie dort Kampfgenossen finden wird. Die Botschaft ist gelegt; das Schwierigste vollbracht.

Japan.

Die Bilanz der Unzufriedenheit. Nach den Angaben von Tokio sind bei den jüngsten Unruhen daselbst 388 Polizeibeamte, 16 Feuerwehrlente und 2 Soldaten verwundet worden, während auf Seiten der Aufständischen und der nicht aktiv beteiligten Subalternen neun Personen getötet und 387 verwundet worden sind. So viel haben sich die mit dem japanisch-russischen Friedensschluß Unzufriedenen den Ausbruch ihres Mißvergnügens kosten lassen. Diese Bilanz der Berägrung wird aber noch nicht abgeschlossen sein. Die Unruhen haben auch außerhalb der Hauptstadt einen großen Umfang angenommen. Dem „Standard“ wird aus Yokohama berichtet: Nach einer am 12. d. M. abgehaltenen Versammlung, in der gegen den Abschluß des Friedens protestiert wurde, verbrannte und zerstörte das Volk 14 Polizeistationen und verlegte einen Polizeikommissar und 36 Schutzeute. Von Tokio wurden zwei Kompanien Infanterie hingeschickt, die die fremden Konsulate und die hauptsächlichsten fremden Stadtteile bewachten. Die Lage soll jetzt ruhiger geworden sein. Nähere Mitteilungen über die Unruhen in Yokohama besagen: „In der Nacht vom 12. auf den 13. d. M. kurz nach Mitternacht verbrannte eine Volksmenge, die zumest aus Ruffen, Bootskleuten und Dohaktosen bestand, acht Polizeiwachen und drei Polizeistationen, und mehrere Beamtenhäuser und große Handelsbetriebe nieder. Kurz vor Tagesanbruch wurden von Tokio 400 Mann Militär geschickt, die jetzt die Konsulate, die Warenhäuser und die angrenzenden feuergefährlichen Petroleumtanks bewachen. Der Gouverneur und der Bürgermeister erließen einen Aufsat, in dem sie die Bevölkerung ermahnen, zu den Behörden Vertrauen zu haben. 600 in den Hotels unter den besonderen Schutz der Polizei gestellte Russen aus Sachalin verteidigten sich mit gezogenem Säbel gegen die Menge, die mit Pistolen und Stockdegen bewaffnet war. Die Verluste der Polizei betragen drei Schwerverwundete und 37 Leicht-

verwundete. Die Meute warfen um die Polizeiwachen in Brand zu setzen, brennende in der gefährliche Hitze hinein. Die Klubs der anwesenden ist wieder hergestellt. „Anfänger!“ Das Klubs nicht sehr zufrieden!

Freitag, den 15. September.

Der Zugang von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist fernzuhalten!

Zugang von Arbeitern und Arbeiterinnen ist fernzuhalten von der Schlutuper Fischindustrie, von Arbeitern von der Wüggischen Sägemühle in Schlutup und von der Sägmühle von Nohbran in Lanen.

Prüfungsdagoge. Der sechsjährige Knabe N. besucht im ersten Schuljahre die St. Petri-Knabenschule; sein Klassenlehrer ist ein Lehrer Schütt. Es ist nun wiederholt vorgekommen, daß der kleine Knabe wegen geringerer Verfehlungen hart geprügelt wurde. Zuletzt geschah dies am 12. August, und zwar schlug der Lehrer Schütt den Knaben in so unarmherziger Weise, daß der Vater den Knaben einer ärztlichen Untersuchung unterziehen ließ. Der Arzt stellte folgendes fest: Die beiden Gefäßhäften des Kindes zeigen 6-7 stark blutunterlaufene Striemen, die von einer harten Züchtigung herrühren. Außerdem klagt der kleine über starke Schmerzen im Nacken, die von Schlägen mit der Hand herühren sollen. Dies war also der ärztliche Befund. Der entsetzte Vater, der sein Kind nicht vom Lehrer zum Knüttel schlagen lassen wollte, wandte sich mit einer Beschwerde über diese rohe Erziehungs-methode des Lehrers Schütt an dessen Vorgesetzten, den Hauptlehrer Möller. Dieser teilte am 16. August dem Vater lakonisch mit, daß die betr. Angelegenheit „durch Rücksprache mit dem Lehrer Schütt geregelt und erledigt“ sei. Natürlich war der Vater mit diesem Bescheid, der absolut nichts näheres über die Art der „Regelung“ mitteilte, und in dem auch keine Garantie gegeben war, daß in Zukunft ähnliche Mißhandlungen der Kinder durch Lehrer unterbleiben würden, nicht zufrieden. Er erstattete deshalb gegen den Lehrer Schütt Anzeige wegen Körperverletzung und beantragte die Strafverfolgung desselben. Von der Staatsanwaltschaft ging jedoch am 23. August ein Bescheid ein, in dem es hieß: „Dem Lehrer stand das Recht der körperlichen Züchtigung des Knaben zu. Der zur Züchtigung benutzte Hohenstock und die Art der Züchtigung selbst lassen sich nicht erkennen, daß die Grenzen ordnungsmäßiger Züchtigung überschritten sind. Ebenfalls ergibt der ärztliche Befund, wie solcher im Aktfile angegeben ist, einen Anhalt dafür, daß der Lehrer das ihm zustehende Züchtigungsrecht überschritten habe.“ Der Vater traute seinen Augen kaum, als er diesen Bescheid erhielt. 6-7 stark blutunterlaufene Striemen, Schläge in den Nacken, die noch nachträglich starke Schmerzen hervorrufen, sollten innerhalb der „Grenzen ordnungsmäßiger Züchtigung“ liegen? Was liegt denn eigentlich außerhalb dieser Grenzen? Nur kein Mittel unversucht zu lassen, wandte er sich beschwerdend gegen den Bescheid der hiesigen Staatsanwaltschaft an die Oberstaatsanwaltschaft in Hamburg, doch auch dort wurde er abgewiesen. — Unwillkürlich drängt sich hier die Frage auf: Würde wohl auch ein entsetzter worden sein, wenn sich ein Lehrer des Katharinenums herausgenommen hätte, einen Seniorsohn so zu züchtigen, daß er 6-7 blutunterlaufene Striemen mit nach Hause bringt? Es wird nicht viel Leute geben, die das glauben! Es ist doch wohl eine einfache Pflicht der Humanität, den Kindern der Arbeiter, die so schon wenig den Sonnenschein des Lebens zu spüren bekommen, durch menschliche Behandlung den Schulbesuch möglichst angenehm zu gestalten, damit sie mit Lust und Liebe das wenige, was ihnen geboten wird, lernen. Durch harte Züchtigungen raubt man den Kindern nur die Freude am Schulbesuch. Energisch muß jedoch dagegen protestiert werden, daß dem Lehrer ein Züchtigungsrecht eingeräumt wird, welches ihm gestattet, Arbeiterkinder so zu schlagen, wie es in dem vorstehend geschilderten Falle geschehen ist. Einem jüngeren Lehrer darf das Züchtigungsrecht überhaupt nicht zugestanden werden, ein solches dürfte höchstens dem Hauptlehrer zustehen.

Öffentlicher Schlachthof. Im August 1905 wurden geschlachtet: Ochsen 22, Vollen 65, Kühe und Stieren 710, fetter Kälber 488, mütterliche Kälber 316, Lämmer —, Ziegen 27, (20 im Vorjahre) Schweine 2142, (2195 im Vorjahre) Schafe 892, Pferde 54, (43 im Vorjahre) zusammen also 4706 Tiere gegenüber 5014 im gleichen Monat des Vorjahres. Beanspruchungen: Bei lebenden Tieren: keine. Bei geschlachteten Tieren: 1. Ungeeignet zur menschlichen Nahrung befunden, mit Beschlag belegt und vernichtet: 2 Kühe wegen Tuberkulose mit hochgradiger Abmagerung, 1 Kuh wegen wässriger Durchdringung des Fleisches, 1 Kuh wegen jauchiger Blutvergiftung, 1 Jungrind wegen jauchiger Blutvergiftung, 2 Schweine wegen Tuberkulose mit Abmagerung, 1 Schwein wegen eitriger Lungenentzündung mit hochgradiger Abmagerung, 1 Kalb wegen eitriger Blutvergiftung, 1 Kalb wegen Tuberkulose mit hochgradiger Abmagerung. 2. Auf der Freibank wurden verkauft: 3 Kühe wegen Tuberkulose, 1 Jungrind wegen Abmagerung, 2 Schweine wegen Wiescherische Schlächterei, 1 Schwein wegen Geflücht, 1 Kalb wegen Abmagerung, 1/2 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 1/2 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. 3. Im Dampf-Desinfektor wurden gelocht: 2 Kühe wegen Tuberkulose, 1 Jungrind wegen Tuberkulose, 13 Schweine wegen Tuberkulose, 1 Schaf wegen Tuberkulose, 1/2 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 1/2 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. 4. Dem Tiergarten zur Fütterung der Tiere überwiesen: 2 mütterliche Kälber wegen Unreife, 1 Ziege wegen Tuberkulose mit hochgradiger Abmagerung, 1 Kuh wegen Tuberkulose mit hochgradiger Abmagerung. Bei den übrigen geschlachteten Tieren sind 1125 einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. 952 Kg. Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden auf dem Schlachthof untersucht. Hieron wurden beanstandet: 1 Schweinelunge und 1 Schweinedarm. — Es gibt keine Fleischnot, behauptet Bod. Dabei wurden in Lübeck in einem Monat 308 Tiere weniger geschlachtet, wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres, obwohl die Lübecker Bevölkerung erheblich angewachsen ist. Wenn 353 Schweine wurden weniger geschlachtet; dafür stieg die Zahl der Pferdegeschlachten um 11 und die Zahl der Ziegengeschlachten um 7. Während also in Lübeck der Gesamtleichkonsum ganz erheblich zurückgegangen ist, stieg der Konsum von Pferde- und Ziegenfleisch nicht unerheblich. Umgekehrt dieser Tatsache, die aus den amtlichen Zahlen konstatiert ist, kann man nur noch kräftiger die Forderung erheben: Öffnet die Grenzen! Zugleich sieht man auch mit erschreckender Deutlichkeit, daß die Reichsregierung die

Junker und Großagrarien um jeden Preis bereichern will; ob die Volksernährung und Volksgesundheit darunter leidet, ist ihr vollständig gleichgültig!

Zur Beendigung des Streiks im Baugewerbe schreibt man der „Kölnischen Zeitung“ aus hiesigen Arbeitgeberkreisen:

— Lübeck, 13. Sept. Der Zustand der Mauer-, Zimmer- und Bauarbeiter geht seinem Ende entgegen. Die Ausständigen haben beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen, denn ihre Klaffen sind durch den 15wöchigen Kampf leer geworden. Die Arbeitgeber, die Innung Bauhütte und der Bund der Maurer- und Zimmermeister sind aber gar nicht so begeistert davon, daß die Ausständigen wieder arbeitswillig geworden sind. Die notwendigen Bauten werden durch die Arbeitskräfte, die man von auswärts hat heranziehen müssen, fertiggestellt, und die übrigen haben Zeit bis zum nächsten Jahre. Würden die Ausständigen jetzt wieder einsteigen, so wäre die Folge, daß im Frühjahr ein neuer Ausstand ausbräche. Man hat deshalb beschlossen, einen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe ins Leben zu rufen, und hat zu diesem Zweck die Ausständigen vernommen. Beschlossen wurde, daß die Arbeit nicht eher beginnen soll, als bis die Ausständigen einen Vertrag eingegangen sind, wonach sie sich verpflichten, einen mehrtägigen Lohn- und Arbeitslohn anzuerkennen. Da infolge des langen Ausstandes in vielen Familien Not herrscht, lehnen schon jetzt viele Arbeiter dem Verbands den Rücken, nur um Arbeit zu bekommen. Eine derartige Niederlage hat die Arbeiterschaft hier noch bei keinem Ausstand erlebt.

Wir unterlassen es, Bemerkungen an diesen Situationsbericht zu knüpfen; die baugewerblichen Arbeiter erleben jedoch daraus, mit welchen Leuten sie zu tun haben und was für Gründe für die Beendigung des Streiks von Arbeitgeberseite angegeben werden. Eine derartige Niederlage hat die Arbeiterschaft hier noch bei keinem Ausstand erlebt, heißt es triumphierend. Man besorgt sich um diesen Ausfall einen Vorgesicht, wie der „Frieden im Baugewerbe“ hergestellt werden soll. Ob die Arbeitgeber des Baugewerbes klug handelten, als sie die vorstehende Notiz veröffentlichten, ist eine andere Frage!

Ueber den Zusammenbruch eines sozialdemokratischen Konsumvereins bringt unser Amtsblatt nach der „L. M.“ eine Notiz, in der es heißt: „Der sozialdemokratische Konsumverein für Deilmold und Umgegend“ befindet sich im Konkurs. Die Erregung unter den ehemaligen Mitgliedern, meist armen Leuten, die nun den 10000 Mk. betragenden Fehlbetrag ausbringen sollen, ist nicht gering. Die Schuld wurde dem — Referendats entnommen oder durch Wechsel ausgezahlt. Die Verkäuferposten, so heißt es, seien zur Futterkrippe für gesinnungsstüchtige Genossen gemacht, die der Branche unklar und anderwärts entgleist waren. Wie gewissenlos gehandelt wurde, geht schon daraus hervor, daß noch 11 Tage vor Schließung der Verkaufsstelle neue Mitglieder aufgenommen wurden, die nun zum Zahlen verpflichtet sind. Auch Mitglieder, die vor langer Zeit die Mitgliedschaft erkannten und sich abmeldeten, müssen jetzt zahlen. Von seiten ehemaliger Mitglieder ist nun eine Kommission gewählt worden, die sich mit dem Staatsanwalt in Verbindung setzen soll. Auch soll sie eine Sinausschreibung des Zahlungsstermins für die Genossen zu erwirken suchen. — Demgegenüber stellt das „Hamb. Echo“ fest, daß in Deilmold gar kein unter Leitung von Sozialdemokraten stehender Konsumverein existiert. Es kann sich also nur um einen unter bürgerlicher Leitung stehenden Konsumverein handeln, den die Lagenpresse in einen sozialdemokratischen umgewandelt hat. Wir sind gespannt, ob das „amtliche“ Amtsblatt von dieser Lichtstellung Notiz nimmt; nach seiner bisherigen Gewissenhaftigkeit ist es nicht anzunehmen.

Gewerbegericht. Ohne Kündigung entlassen wurde der in der Konervenfabrik von E. u. Co. beschäftigte Arbeiter B., weil man ihn in Verdacht hatte, daß er einige Konervenbütchen beschädigt hätte. B. klagt deshalb auf Zahlung einer Entschädigung und befreit, die Büchsen beschädigt zu haben. Das Gericht verurteilte die Firma zur Zahlung von 12,50 Mk., da dem Kläger nicht nachgewiesen sei, daß er die Beschädigung der Büchsen verursacht habe.

pb. Tödlischer Unglücksfall. Heute morgen gegen 3 1/2 Uhr wurde ein beim Rangieren in der Nähe des Geminer Rangierbahnhofes tätiger Wagenschieber tödlich verletzt. Er geriet zwischen die Puffer zweier Wagen, und erlitt so starke Quetschungen, daß der Tod fast auf der Stelle eintrat.

pb. Diebstähle. Einem Heizer vom Schwedischen Dampfer „Bore“ wurde am verflorenen Dienstag aus seinem Schiffslogis ein fünfzig-Kronenschein gestohlen. Der Dieb wurde in der Person eines hiesigen Arbeiters ermittelt. Er hatte das ganze Geld bereits in leichtsinniger Geistesverwirrung verbraucht. — Festgenommen wurde eine hiesige Arbeiterin wegen Diebstahls von Geld zum Nachteil eines zugereisten Schlächtergesellen.

Schlutup. Zum Zustand der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Fischindustrie wird uns aus Arbeiterkreisen geschrieben: Das famose „Eingeländ“ im „Landboten“ hat hier die gebührende Heiterkeit gefunden. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text, wir ahnen auch den Verfasser! Wir wollen ihm aber sein Vergnügen nicht stören. Was die Verarbeitung der Waren mit den treugebliebenen und zugezogenen Arbeitern anbelangt, nun, da mag der „Landbote“ sich beruhigen; wie die Konjunktur jetzt eingeleitet hat, ist mit diesen paar Männchen überhaupt nichts zu machen. Was die Leistungen der polnischen Arbeitskräfte anbelangt, können wir nur verraten, daß die betreffende Firma schon eine Anzahl derselben nach Hause zu schicken gedenkt. Auch ein Zeichen der Leistungsfähigkeit jener braven Leute. Wenn nun ein paar Arbeitswillige eintreffen auf Rechnung der Räucherreibiger, so haben letztere bald das Nachsehen, denn gemöhnlich werden jene von den Streitenden wieder abgeschoben. Die Lage des Streiks ist zur Zeit eine so gute wie sie besser nicht gewünscht werden kann.

Reisefeld. Ueber die bevorstehenden Landtagswahlen referierte in einer gestern abend bei Herrn Sternberg abgehaltenen Volksversammlung Gen. Stelling-Lübeck. Seine Ausführungen wurden durch die Genossen Beidler und Grabbe ergänzt. Sämtliche Redner forderten zur zahlreichen Beteiligung an der Wahlmännerwahl, welche hier am 23., abends von 6 bis 8 Uhr stattfindet, auf. Als Wahlmänner wurden die Gen. W. Evers, W. Staud, L. Behnke, S. Rehlisen und W. Grabbe aufgestellt. Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten wurde die Versammlung mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Seeretz. Eine öffentliche Landtagswahl

in Frahmle's Gasthof. Arbeiter, Parteigenossen, erscheint alle in dieser Versammlung, in der die bevorstehende Landtagswahl besprochen werden soll.

Ahrenshöft. Ein toter Arrestant. Ein ostpreussischer Zimmergeselle hatte sich in der Trunkenheit des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht und wurde deshalb verhaftet. Als er später dem Richter vorgeführt werden sollte, fand man ihn tot in seiner Zelle liegen, mit dem Hals vornüber auf der Bettkante. Die Todesursache ist bisher noch nicht aufgeklärt.

Neunkirchen. Die Versammlung zur Wahl der Wahlmänner des Wahlbezirks Gemeinde Neunkirchen auf den 21. September 1905 in Gammelins Gasthaus in Malldwig angelegt. Die Zahl der zu wählenden Wahlmänner beträgt drei. Die Wahl beginnt um 4 Uhr nachmittags und wird die Abstimmung um 7 Uhr nachmittags geschlossen.

Malente. Die Versammlung zur Wahl der Wahlmänner des Wahlbezirks Gemeinde Malente ist auf den 22. September 1905 in Krohns Gasthof in Malente angelegt. Die Zahl der zu wählenden Wahlmänner beträgt 4. Die Wahl beginnt um 5 Uhr nachmittags und wird die Abstimmung um 7 Uhr nachmittags geschlossen.

Bön. Wie die Klassenwahl, bei der die Arbeiterschaft rechtlos gemacht wird, daß politische Interessen erlahmt, geht aus folgender Meldung hervor: Bei den fünf Wahlmännerwahlen zur Landtagswahl im Kreise Bön gab es in Eberdel von 627 Urwählern nur 8 Personen ihre Stimme ab. Vielleicht tritt auch bei der Lübecker Bürgerwahl in der ersten Klasse eine ähnliche „Wahlbeteiligung“ zu tage. Wir wollen's hoffen!

Kiel. Der Vorstand der Innung Bauhütte hat an die Dachdeckermeister das Ersuchen gerichtet, anlässlich des Streiks der Maurer und Zimmerer keine Dachdeckerarbeiten nach solchen Bauten zu liefern, wo streikende Maurer- und Zimmergesellen Beschäftigung haben. — Montag fand eine Versammlung der stiller Kaufmannschaft, welche mit dem Baugewerbe in geschäftlicher Beziehung steht, statt, in der beschlossen wurde, sich noch wie vor absolut mit der Innung „Bauhütte“ und den derselben angeschlossenen Unternehmern solidarisch zu erklären und diese in jeder Beziehung zu unterstützen. — Sollte es sich hier vielleicht auch um einen „sanften“ Druck der Innung „Bauhütte“ handeln?

St. Morsborn. Ein merkwürdiger Hase. Wie die hiesigen Lokalblätter berichten, hat auf dem Wollholter Jagdgebiet ein Hund einen Hasen mit acht Beinen, vier Ohren und zwei Schwänzen aufgefunden. Der Hase hat eine ganz normale Schnauze und zwei Augen, außer den gewöhnlichen zwei Ohren seitwärts sitzen aber auch noch zwei oben auf dem Kopf und sind zusammengewachsen. Von den acht Läufen sitzen vier am Vorderkörper, davon zwei auf dem Rücken. Hinter den Vorderfüßen teilt sich der Körper in zwei vollständig ausgewachsenen Hälften mit zwei Schwänzen und je zwei Läufen. Beide Hinterkörper sind männlichen Geschlechts. Die gewöhnliche Mißgeburt hat die Größe einer Ratte. Der Jagdpächter, Herr V. Schack, dem das Tier überbracht wurde, ist heute Morgen damit nach Hamburg gefahren, um es präparieren zu lassen.

Altona. Ein Bodensfall? Ein in Altona wohnendes Mädchen ist unter verdächtigem Erscheinungen erkrankt und auf ärztliche Anordnung unter Beobachtung besonderer Vorsichtsmaßregeln in der Isolierbarocke des Altonaer Krankenhauses untergebracht worden. Die ärztliche Untersuchung hat bisher nicht bestimmt ergeben, ob es sich um echte Pocken oder um einen schweren Fall sogenannter Wasserpocken handelt. Wahrscheinlich liegen letztere vor. Grund zur Besorgnis ist nicht vorhanden, da von der Polizei und der Gesundheitskommission die strengsten Vorsichtsmaßregeln getroffen sind.

Hamburg. Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens (Hamburger Lehrerverein). Am Mittwochsabend fanden die mit Spannung erwarteten Vorstandswahlen statt. Die Liste der Vertreter des konsequenten Fortschritts in der Lehrerschaft, die 1. St. gegen die Wahlkreiser-schlechterung energisch Stellung genommen hatte, ging überall siegreich durch, während die Liste der Hartbedürftigen Opposition glatt durchfiel. Namentlich wurde als zweiter Vorsitzender Herr Hermann Junge, der tapfere Redner vom 23. August, mit starker Majorität gegen Herrn Garbed gewählt. Nach fünfstündiger Dauer ward die Wahlversammlung um halb ein Uhr geschlossen. Sachlich und grundsätzlich hat also die Lehrerschaft das Verdict vom 23. August endgültig bestätigt.

Dömitz. Etwas von der Cholera. Zu den Dömitz-erkrankungen wird in Schwerin offiziell bekannt gegeben: Die endgültigen bakteriologischen Untersuchungen im Hygienischen Institut der Universität in Rostock haben ergeben, daß die Frau Schlichting in Dömitz am 11. ds. Mts. an asiatischer Cholera gestorben ist. Die bisherigen Ermittlungen weisen als Infektionsquelle auf das Elbwasser hin.

Bremerhaven. Die baugewerbliche Aussperung funktioniert nicht nach den Wünschen der Schaffmacher des Arbeitgeberverbandes. Viele Unternehmer haben ihre Arbeiter, trotzdem diese organisiert sind, ruhig weiterarbeiten lassen, und die Arbeiter selbst haben bis jetzt keine Veranlassung genommen, sich selbst „auszusperren“. Nunmehr erklärt daher der Oberbauschaffmacher Kötter im Namen des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes eine Bekanntmachung, daß sich der Arbeitgeberverband „gezwungen“ sehe, von den jetzt noch bei seinen Mitgliedern arbeitenden Gesellen eine schriftliche Erklärung zu verlangen, ob sie dem Verbands angehören oder nicht. Herr Kötter wiegt sich mit dieser Maßnahme offenbar in dem Glauben, die Arbeiter uneinig machen und ihre Organisationen vernichten zu können. Die Erfahrung sollten ihm doch bereits gelehrt haben, daß das ein Köhlerglauben ist. Seine Hoffnungen und Erwartungen werden auch jetzt nicht in Erfüllung gehen.

Neue Nachrichten.

Genkshofen. Furchtbare Feuersbrunst. In der Celluloidfabrik von Langdau zu Genkshofen hat gestern eine verheerende Feuersbrunst gewütet. Das Feuer verbreitete sich so schnell, daß es einer ganzen Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen nicht möglich war, sich zu retten. Neun Personen verbrannten, mehrere andere trugen schwere Brandwunden davon. Ferner ist das bekannte Dorf Großschlagendorf von einem furchtbaren Brand heimgesucht worden. 75 Wohnhäuser und gegen 140 andere Gebäude sind niedergebrannt.

Paris. Getötet. Der Kabinettsdirektor des Handelsministers, Jules Juttet, wurde bei einer Fahrt durch die Champs-Élysées bei einem Zusammenstoß mit einem aus einer Nebenstraße kommenden Automobil getötet.

Besondere Angebote in Schuhwaren.

Ein Posten Kinder-Roh-Knopf- u. Schnürstiefel 17-20, mit u. ohne Ledblatt	70 Pf.	Ein Posten Damen-Bozal-Knopf- u. Schnürstiefel, drei Fassons	6 ⁵⁰ Mk.
Ein Posten Damen-Knopf- und Schnürschuhe 36-37	2 ⁰⁰ Mk.	Ein Posten Knaben-Schnürstiefel aus bestem Leder	5 ⁵⁰ 5 ⁰⁰ Mk.
Ein Posten Damen-Knopf-, Schnür- u. Spangenschuhe aus starkem Roßf., genag.	3 ⁵⁰ Mk.	Ein Posten Arbeiterschuhe aus bestem Rindleder, mit Eisen	4 ⁵⁰ Mk.
Ein Posten Damen-Schnürstiefel, solide gearbeitet	4 ⁵⁰ Mk.	Ein Posten Herren-Bugstiefel, stark genagelt	5 ⁵⁰ 4 ⁵⁰ Mk.
Ein Posten Damen-Knopfstiefel	5 ⁰⁰ Mk.	Ein Posten Schnürstiefel, nur beste Sorte, mit Eisen	7 ⁵⁰ Mk.
Ein Posten Herren-Schnür- u. Schnallenstiefel nur	6 ⁵⁰ 5 ⁰⁰ Mk.		

Kohlmarkt. **W. Blumenthal** Ecke Sandstr.

Statt besonderer Meldung.
Donnerstagvormittag entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit unsere innigst-gelebte Tochter, Schwester und Schwägerin
Elisabeth
im vollendeten 15. Lebensjahre.
Aufs tiefste betrauert und schmerzlichst vermisst von den Ibrigen.
Hermann Schumann u. Frau
geb. Schmiedemann.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 16. Septbr., vorm. 11 1/2 Uhr, von der Kapelle des Allgem. Gottesackers aus statt.
Für die innige Teilnahme und die vielen Franzosen beim Ableben unseres innigst-gelebten Töchterchens **Ilse** sagen wir allen Freunden und Bekannten unser herzlichsten Dank.
Karl Hänsch und Frau
und Kinder.

Ein freundl. möbliertes Zimmer
zu vermieten
Langereihe 11, Burgtor.

Gesucht eine Blätterin.
F. Jodeidt, Petersstraße 2b.

Graumophon zu kaufen gesucht.
Angebote mit Angabe des Preises und der Plattenzahl u. P. E. an die Exped. d. Bl.

Ein guter Schwagen zu verkaufen.
Preis 2,50 Mk.
Obertrabe 37 2.

Ein 2türiger Küchenschrank
ist billig zu verkaufen.
Wakenismauer 186, pt.

Ein eiserner Ofen zu verkaufen
Leichstraße 3a.

Verloren ein Portemonnaie mit Inhalt
auf dem Wege Reiersstraße-Karpen-straße-Moislinger Allee-Braunstraße bis Hüßstraße.
Bitte abzugeben Hüßstraße 54.

Kaufe immer alte Mahagoni-Möbel,
als: Stühle, Schränke, Tische, auch alte Sofas, für hohe Preise.
G. Walter, Wahnstraße 28.

Unter Garantie der Haltbarkeit werden neue
email Böden unter alte email Töpfe gelegt.
Wengstraße 19.

Ca. 300 Zigarrenkisten
per Stück 3 Pf. abzugeben.
Wakenismauer 82.

Wiegel's Konservierungs-Honig-Essig
ist von vielen Hausfrauen als der beste Einmache-Essig anerkannt.

Heute und morgen:
Posten Sommerjaugheringe 12 St. 25 Pf.
Posten gr. Marjesheringe 12 St. 30 Pf.
Sager Alststraße 34.

Prima schwedische Kronsbeeren
liefert billigst
T. Buhrmann, Inhaber W. Fahle.

Käse-Abteilung.
ff. Holländer Pfund 0,70 Mk.
Schweizerkäse " 0,60 "
Tilsiter Fettkäse " 0,60 "
Alter bikanter Tilsiter " 0,50 "
Marschkäse " 0,40 "
Tilsiter Käse " 0,30 "
Hollsteiner Käse " 0,20 "

Kunst-Tafelhonig.
Emaille-Eimer Inhalt 10 Pfd. 2,80 Mk.
" " " 5 " 1,70 "

Feinste Tafel-Margarine.
Auf 1 Pfund à 70, 60 oder 50 Pf.
" " " à 1,38, 1,15 od. 95 Pf.

Gratis-Zugaben.
Ed. Speck,
Hüßstraße 80.

Die Rechte u. Pflichten des Mieters.

Von **Richard Lipinski.**
20. Auflage. Preis 20 Pf.
Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**
Johannisstraße 50.

Allen voran
in Preiswürdigkeit und Haltbarkeit sind die **Arbeitsgarderoben**
aus dem Spezial-Geschäft von **Louis Levy, 5 Klingenberg 5**
2,4 Ecke Marlesgr. 2-4
Note Rabattmarken!

Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an.
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Schulschreibhefte

in allen Liniaturen — genau nach Vorschrift empfiehlt die
Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

„Die Neue Zeit“
— Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. —
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Weit unter Preis

Ein Posten Herren-Anzüge, jezt 11,50
Mk. 38, 28,50, 22, 18,75, 14,25.
Ein Posten Knaben-Anzüge, jezt 1,80
Mk. 10, 8, 6,25, 4,75, 3,25, 2,65, 2.
Ein Posten Arbeitshosen in Leder und Zwirn, jezt 1,80
Mk. 4,75, 3,85, 3,25, 2,75, 2,20.
Normal-Hemden u. Hoson, jezt 1,25
Mk. 4,75, 4, 3,25, 2,75, 2,20, 1,80, 1,60.
Parchend-Herren-Hemden, jezt 1,20
Mk. 2, 1,80, 1,60, 1,45.
Gestreifte Arbeits-Kajen in prima Qualität, jezt Mk. 1,50
Blaue Ueberziehhosen in guter haltbarer Qualität, jezt 1,10
Flanell-Hemden in grau und blau, Mk. 6,20, 5,80, 4,80, 4.
Patenthosen in weiß und braun, jezt 70
140, 130, 125, 115, 100, 80, Pf.

Hans Struve
Lübeck
Königsstrasse 89 (Ecke Wahnstrasse)
früher Harry Dahm.

Maurerhosen, Malerkittel, Schlosserkittel, Konditor-Jacken, Herren-Schirme, Hüte, Mützen usw. in größter Auswahl

Zahn-Atelier
G. Boysen, Schwartzauer Allee 71a.

Zigarren à 5 u. 6 Pfa.
in vorzüglicher Qualität empfiehlt

Hermann Kersten
Zigarrengeschäft, ob. Hüßstr. 12.
NB. Russ. u. türk. Zigaretten.

Probieren Sie bitte meine
London Locks à 5 Pf.
Sigillo No. 55 à 5 Pf.
Vorstenlanden Nr. 15 à 5 Pf.
Felix Brasil Nr. 95 à 5 Pf.
Senator No. 26 à 6 Pf.
Gloria Bremensis Nr. 66 à 6 Pf.
Victoria Nr. 96 à 6 Pf.
Monika Nr. 106 à 6 Pf.
Felix Brasil Nr. 46 à 6 Pf.
Merito Nr. 116 à 6 Pf.

Borneo Schuß 3 St. 20 Pf.

grüne Erbsen
loehende
Salzgurken
la. neue
Stück 5 Pfennige.
Fettheringe
in Original-Tonnen und in Anbruch.
Anchovis
ff. vollsetzt
Tilsiter Käse
jezt 80, jezt 60 Pfennige.

T. Buhrmann, Inhaber W. Fahle.

Nordd. Bierhalle
Johannisstraße 5.

Von heute an täglich:
ff. Eisbein mit Sauerkraut
sowie
Jungesehe Bockwürste.
Ausschank von ff. Adler-Bier.
Willy Volmer.

„Traviata“
Süßtr. 110 Harmonie Süßtr. 110
Täglich Auftreten der Konzert-Truppe
Eintritt frei! Seidel 15 Pf.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. bezeichneten Artikel und Notizen: **Joseph Stelling.** — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. bezeichneten Artikel und Notizen: **Paul Bäcker.** — Druck von **Friedr. Meyer & Co.** — Sämtliche in Lübeck.

Die Verhandlung gegen Genossen Kasprzak.

Ueber die gerichtliche Verhandlung gegen unseren Genossen Kasprzak ist dem „Vorwärts“ ein längerer Bericht aus Warschau zugegangen, dem wir folgende erschütternde Einzelheiten entnehmen.

Vorsitzender des Gerichts war Generalmajor Michalski, Beisitzer vier Oberleutnants. Als Staatsanwalt fungierte der Generalmajor Masch. Die Verteidigung führten für Martin Kasprzak die Rechtsanwälte Glas, Warschau und Stahl, Moskau, für Benedikt Gurkman Kijewski aus Warschau und Andzejewski aus Petersburg. Die Öffentlichkeit war gänzlich ausgeschlossen. Ihm dem 14 jährigen Sohn Kasprzaks wurde der Zutritt verweigert, ebenso dem Vater Gurkman. Nur die Frau Kasprzaks und ein Bruder Gurkman, sowie die Verteidigung und die Zeugen fanden Einlass in das streng bewachte Gebäude und den Saal des Kriegsgerichts.

Um 10 Uhr vormittags wurden die beiden Angeklagten hineingeführt. Kasprzak, der ein Mann im besten Alter ist (etwa 48 Jahre) und stets eine ganz aufrechte Haltung hatte, trat ein oder wurde vielmehr hineingeführt als ein gebrechlicher Greis; sein Haar ist fast ganz weiß, er bewegt sich mit sichtlicher Mühe und wird zu jedem Schritt durch einen Stoß seiner überwachenden Gendarmen gezwungen. Er ließ sich schwer auf der Anklagebank nieder und sah die ganze Zeit der Verhandlungen über unbewußt stumm, ohne die geringste Regung im Gesicht; auch beantwortete er die an ihn gerichteten Fragen nicht. Daß er aber alles aufmerksam verfolgte, sollte, wie wir später sehen werden, eine kurze Szene am Schlusse der Verhandlung zeigen, die das ganze furchtbare Drama dieses Blutgerichts in ergreifender Form beleuchtet hatte.

Der andere Angeklagte, der 24jährige Ingenieur Gurkman, trat ein, bleich vor Erregung, doch gefaßt, in einfacher und stolzer Haltung, die er bis zum Schluß bewahrte und die selbst auf das Gericht einen starken Eindruck nicht verfehlt hat. Die Verteidigung Kasprzaks war diesmal auch anders besetzt wie das erstemal. Der bisherige Verteidiger, ein bürgerlicher Warschauer Rechtsanwalt, hatte, war von der Sache fast im letzten Augenblick zurückgetreten.

Das Plaidoyer des Staatsanwalts, das am dritten Verhandlungstage, also am 1. September, erfolgte, war in jeder Hinsicht merkwürdig. Seinen Grundton bildete die „patriotische“ Note.

„Was die Abscheulichkeit des von Kasprzak und Gurkman verübten Verbrechens besonders erhöht, führte Herr Masch in der aus russische Vaterland von schwerem Mißgeschick, dem ostasiatischen Kriege heimgeführt war. Die sozialdemokratische Partei, deren Lösung ist: Je schlimmer, desto besser, hatte beschloffen, sich die unheilvolle Lage des Reiches zu nütze zu machen und ihre umstürzlerische Tätigkeit in außerordentlicher Weise zu potenzieren. Um an dieser fieberhaften Tätigkeit teilzunehmen, kommt nach Warschau Kasprzak, ein polnischer Untertan, der, wie es scheint sollte, in Russland nichts zu suchen hatte (der Herr Staatsanwalt hat vergessen, daß Kasprzak bereits 1887 bis 1889 in Warschau tätig war und bereits 1893 bis 1895 die Bekanntheit mit den Warschauer Gefängniswärtern gemacht hatte) und übt einen schrecklichen Mord an glorreichen Offizieren und Polizisten aus, die tapfer ihre Schuldigkeit für den Zaren und das Vaterland taten.“ Darauf folgt ein völlig verzerrtes Bild der Vorgänge, in dem aus einem Akt der revolutionären Notwehr ein „wohlüberlegter Mord“ wird und die in enormer Zahl ins ruhige Haus hereinfallenden Schergen in unschuldige arme „Opfer“ verwandelt werden. Dann folgt eine „moralische“ Entlastungspause: „Der Angeklagte Kasprzak ist zugleich Mitglied der deutschen Sozialdemokratie und wurde von ihr als Reichstagskandidat aufgestellt. Aber die deutsche

Sozialdemokratie ist von solchen Mordgeistes weit entfernt. Die deutsche Sozialdemokratie kämpft nicht mit bewaffneter Hand, die deutsche Sozialdemokratie spekuliert auch nicht auf die Mißgeschick des Vaterlandes. Der Führer der deutschen Sozialdemokratie, Liebknecht, hat im Reichstag erklärt, wenn Deutschland von irgend einer Seite der Krieg erklärt werden sollte, die Sozialdemokraten würden wie ein Mann zum Schutz des Vaterlandes zur Waffe greifen. Anders handeln die Sozialdemokraten Polens! Sie wollen das Verderben der bestehenden Reichs- und Staatsordnung und nutzen dazu die jeglichen unheilvollen Geschick des Reiches aus. Und das alles wird bewußt, zielstreich getan! Der Sozialdemokrat Kasprzak ist ein Mann von unaufrichtiger, außergewöhnlicher Willkürkraft, das heißt ein Mann, der gegen das Leben und das Wohl der Menschheit und dieser Mann kommt aus Deutschland, um an den inneren Wirren teilzunehmen, um die innere Zerrüttung der Staatsordnung zu vergrößern — gerade als das Reich im Osten von schwerstem Mißgeschick heimgeführt wird! Und als er nach seiner verbrecherischen Tat (am 27. April 1904) festgenommen wurde, ruft er in diesem Augenblick aus: „Nur zu! Meine Genossen werden mich in wenigen Tagen, am 1. Mai, in Massen räumen!“ Ein solcher Mann ist nicht wert, Sozialdemokrat zu heißen!“

Nach diesem pompösen Schluß ging der Staatsanwalt zur Schuld des zweiten Angeklagten über und konstatierte plötzlich, ohne jede Grundlage, ohne den geringsten Anhaltspunkt, eine neue Theorie, wonach die schweren Morden bei den getöteten Gendarmen von Kasprzak, dagegen die Leichten „von der unsicheren Hand des Ingenieurs Gurkman“ herührten sollten! Gleich darauf, im Bewußtsein des Gefährlichen, dieser aus der Luft gegriffenen Theorie, fügte er schnell hinzu:

„Uebrigens habe ich es gar nicht nötig, mich auf Beweise einzulassen. Von der verbrecherischen Schuld Gurkman legt genügend Zeugnis ab — seine Anwesenheit in der Druckerei und seine ganze sozialdemokratische Umgebung.“

Die Rede des Moskauer Rechtsanwalts Stahl, die eine glänzende Leistung und von hohem politischen Wert war, lautete ungefähr:

„Das Mitglied der Sozialdemokratie Polens, Martin Kasprzak, steht vor Ihnen, meine Herren, und der Herr Staatsanwalt fordert für ihn die Todesstrafe. Bevor Sie den Angeklagten dem Tode überantworten, sind Sie verpflichtet, sich zu vergegenwärtigen, wer vor Ihnen steht. Der Sozialdemokrat Kasprzak ist ein Mann, der seit zwanzig Jahren seine Kraft, seine Freiheit, sein Leben der ehelichen Sache der Menschheit, dem Sozialismus in den Dienst gestellt hat. Er wirkte noch als Jüngling für die Sache des Volkes in Deutschland, er machte Bekanntheit mit dem Gefängnis in Polen, nicht erschrocken durch die seiner harrenden Gefahren und Drogen, geht nach Russland, wo die Lage des arbeitenden Volkes eine noch viel furchtbarere ist und widmet sich hier der Aufklärung der Proletarier. 1893 wird er hier verhaftet und schmachtet mehr als zwei Jahre hinter diesen Mauern, doch ungebrochen an Geist, getragen durch den hohen Idealismus, widmet er sich, nach seiner Heimat zurückgekehrt, der Agitation unter den Arbeitern in Deutschland, wo er sogar als Reichstagskandidat aufgestellt wird. Alle hier anwesenden Zeugen unter den Gendarmen-Offizieren sagten aus, in Kasprzak habe man es mit einem hervorragenden Revolutionär zu tun. Als solcher eilte er auch zuletzt in verantwortungsvoller Stunde hieher nach Warschau, um der Sozialdemokratie zu dienen. Meine Herren, hier steht vor Ihnen ein Mann von hoher sittlicher Kraft, die Sie übersehen und zu begreifen Ihnen gar nicht gegeben ist, und ein Vertreter einer großen und einflussreichen Partei, die sich in dem jähigen Strudel der Ereignisse eine immer mächtigere Bedeutung erkämpft. Wenn Sie die Sozialdemokratie auch als Partei vor Ihnen Richterstuhl ziehen, so müssen Sie begreifen lernen, was diese Partei anstrebt und um was sie kämpft.“

Nach einer knappen aber großzügigen Schilderung der Ziele der Sozialdemokratie fährt der Rechtsanwalt fort: „Soll die Bestrebungen des Sozialismus durch Marx und Engels auf den festen Boden der Wissenschaft gestellt worden sein, ist die sozialdemokratische Lehre wie eine unaufhaltsame Woge aus Deutschland in alle Länder gedrungen, und auch nach Polen, nach Russland. Jetzt ergreift sie, wie wir sehen, das ganze große Zentral-Russland. Herr Staatsanwalt, diese Ideen und die Männer, die ihnen leben, zu begreifen, übersteigt Ihre Vermögen. Aber es gibt Menschen, für die der ganze Sinn des Lebens mit dem Willen für diese großen Ideen identisch ist, und zu ihnen gehört auch M. Kasprzak, den Sie als einen blutdürstigen „Verbrecher“ zu schildern sich bemühen. Herr Staatsanwalt wundert sich, weshalb der deutsche Untertan Kasprzak nach russisch-Polen ging, um hier zu wohnen. Was sein Herr Staatsanwalt garnicht, daß für die Sozialdemokratie keine Staatsgrenzen und keine nationalen Grenzen existieren? Auf jedem von ihr herausgegebenen Blättchen prägen die Worte oben: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Der Herr Staatsanwalt hat versucht, nach altem Brauch die deutsche Sozialdemokratie gegen die polnische aufzutreten und besetzt sich da auf Worte Engels im Reichstage. Demgegenüber erlaube ich mir, Ihnen eine Szene aus dem Amsterdamer sozialistischen Kongress in's Gedächtnis zu rufen, nämlich den britischen Händelbruch, mit dem der Vertreter Japans dem russischen Vertreter die Hand bot. Und dies zeigt, wie die Sozialdemokratie über den jetzigen Krieg und über ihre Pflichten gegenüber dem Vaterland denkt. Herr Staatsanwalt wachte viel auf die Vaterlandsliebe. Aber man kann auch anders das Vaterland lieben, als es das Gericht hier versteht. Gätten Sie den Mut, zu behaupten, alle die Teilnehmer der Semstwo, der Kongresse der Intelligenz in Russland, die gegen den Krieg protestierten, seien schlechte Patrioten, seien Vaterlandsverräter? Nun, ebenso wenig trifft der Vorwurf die Sozialdemokratie und Kasprzak.“ Zu der Gesundheitsfrage übergehend, legt der Rechtsanwalt folgende Ansicht dar: „In der psychiatrischen Wissenschaft ist der Fall sehr wohl bekannt, daß ein sonst normaler Mensch in einzelnen Augenblicken der höchsten Gefahr und tiefsten Erschütterung plötzlich einer psychischen Bewußtlosigkeit und Raserei verfällt. Für Kasprzak handelte es sich in jenem Augenblick, am 27. April, um alles: ein schwerer, von Schwindel durch zerrütteter Mann, sieht, daß er in der Druckerei überfallen wird, er weiß, daß ihm nach russischen Rodeg und nach seinen Vorprüfen lebenslängliche Zwangsarbeit in Sibirien, das heißt das Grab bei lebendigem Leibe droht, er stellt sich der Arbeit für die geliebte Sache entziehen, er sieht alles verloren, für was er lebte. Was Wunder, daß er da plötzlich einer Raserei anheimfällt und seine Freiheit mit der Waffe in der Hand verteidigt. Der Verteidiger bekräftigt hier seine Ausführungen durch ein Bild aus Krotki Ebing, der solche Fälle genau vorgezeichnet hat. Seitdem wird seine geistige Umnachtung durch die ständig zunehmende Apathie ausgedrückt und so habe das Gericht vor sich einen hervorragenden noblen Revolutionär, der aber gerade seit jener Tat ein kranker ist, dem nicht etwa der Strang, sondern eine ärztliche Pflege und Hilfe gebühre.“

Nicht minder eindrucksvoll war die Rede des zweiten Rechtsanwalts Glas aus Warschau. Und während dieser Rede fand ein Zwischenfall statt, der die Wirkung noch unerwartet erhöhte. Der Rechtsanwalt wollte die Ehre Kasprzaks vor den Vorwürfen des Staatsanwalts verteidigen und führte dessen Ausspruch aus: Kasprzak sei nicht würdig, Sozialdemokrat zu heißen. Kaum hatte der Verteidiger diese Worte wiederholt, die Kasprzak offenbar erst in der polonisierten Aussprache des Verteidigers richtig begriffen hat, als er, der bis jetzt ganz apathisch und regungslos dasah, sich von der Anklagebank erhob, den Blick fest auf den Staatsanwalt richtete und ihm mit geballter Faust lang

Gold!

Ein kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerstäcker.

(25. Fortsetzung.)

„Emil! — Zum Fenster auch, Emil!“ rief ihn da eine rauhe Stimme aus seinen wachen Träumen — „heba! hat Euch das Gift bei da draußen so milde gemacht, daß Ihr im Stehen Euren Mittagschlaf hattet? Was gibts zu essen heute? Ich habe einen Hunger wie ein Wolf und noch keinen ordentlichen Bissen über die Lippen gebracht den langen Tag.“

Emil schrak empor, als wenn ihn eine Natter gestochen hätte, und schleuderte einen zornfunkelnden Blick auf den Störer. Dieser aber bemerkte ihn nicht, sondern war ganz in den vor ihm liegenden Speisezettel vertieft, bis er diesen, zu einem Resultat gekommen, bei Seite schob und ausrief:

„Bringt mir eine Portion Rostbeef und Kartoffeln, und nachher will ich einmal einen Schnitt von dem Grizzly Bär versuchen — aber ein bißchen rasch, wenn's gefällig ist, denn ich habe nicht übermäßig Zeit.“

Auch der Doktor war durch die rauhe Störung wieder zu sich selber gekommen und betrachtete sich den eben gekommenen Mann, der seine Parole über die Stuhllehne geworfen hatte, den Hut, ohne ihn abzulegen, weiter nach hinten schob und dann beide Hände, in Erwartung der bestellten Speisen, gegen die Tafel stemmte.

„Das ist jener Siffy.“ flüsternte ihm da der noch hinter ihm stehende Emil zu, indem er sich zu ihm niederbog. Dann aber wandte er sich ab, seine einmal übernommene Pflicht als Kellner zu erfüllen.

„Der also?“ murmelte Rascher leise vor sich hin und vergaß darüber selbst die weiche, noch fortwirkende Melodie — „ja, da haben der Baron und Mrs. Nelson allerdings

Recht. Das Gift gefällt mir auch nicht, und so gut ihm der große Bart steht, so tüchtig blitzen die kleinen schwarzen Augen unter den dunkeln Brauen hervor. Entschlossen genug sieht er übrigens aus, sich seinen Weg hier in dem tollen Lande zu bahnen; ob der aber der rechte Arzt für meinen Kranken wäre, möchte ich bezweifeln.“

Siffy übrigens, der den unter einer der Lampen stehenden Fremden gar nicht einmal bemerkte, oder wenn, nicht beachtete, nickte dem eben mit den bestellten Speisen eintretenden Emil zu, griff dann Messer und Gabel auf und schien von nun an für weiter nichts Sinn zu haben, als eben für seine Mahlzeit. Die Violine war indessen draußen verstummt und Emil wieder zu des Doktors Stuhl getreten, den er leise frag:

„Nun, wie gefällt er Ihnen?“
„Gar nicht,“ erwiderte dieser rasch. „Sie haben vollkommen Recht; der Mensch hat ein gefährliches Gesicht und scheint eben nicht gewohnt, einem Andern frei ins Auge zu sehen. Aber sagen Sie mir vor allen Dingen, wer ist jener wunderbare Violinspieler, der sein Instrument auf so meisterhafte Weise behandelt, und welcher unselige Stern hat den in eine dieser verrückten Spielhöhlen von San Franzisko geführt?“

„Ja wohl, ein unseliger Stern.“ seufzte da Emil, und zwar viel ernster, als er sich bis jetzt gezeigt, „und mehr noch würden Sie das sagen, wenn Sie erst erfahren, daß jene Violine ein Mädchen spielt.“

„Ein Mädchen?“ rief der Doktor, sich rasch und erstaunt nach ihm umdrehend.

„Eine Spanierin,“ bestätigte Emil, „deren Vater der besten Klaffen seines Landes anzugehören scheint, so edel ist sein Aeußeres wie sein ganzes Benehmen, wenn ihn das unselige Spiel nicht zu dem gemacht hätte, was er jetzt ist — ein unglücklicher, verlorener Spieler, der sich und sein Kind rettungslos dem nahen Abgrund des Verderbens entgegenzieht.“

„Sie machen mich neugierig, sie zu sehen,“ sagte der Doktor.

„Da kommen sie,“ flüsternte Emil, und wäre Doktor Rascher für den Augenblick nicht so sehr mit dieser neuen Erscheinung beschäftigt gewesen, so hätte ihm die Veränderung, die in seines jungen Freundes Zügen vorging, gar nicht entgehen können. So aber schaute er nur rasch nach dem Einschnitt des Segeltuches hin, der zur Tür diente, und sah hier Manuela, in Schwarz gekleidet, wie immer, das bleiche, wunderholde Antlitz halb verhüllt, schüchtern an ihren Vater gekniet, den Raum betreten.

„Hallo, Don Roncz!“ rief ihm da Siffy, als er nur den inneren Raum betrat, ziemlich ungewohnt mit den wenigen spanischen Worten entgegen, die er sich gemerkt und doch noch meistens falsch gebrauchte, — „sta bueno — aqui — aqui esta — dann it, wie heißt das nur gleich auf spanisch — heh? Hier ist Platz, setzt Euch hierher mit der Sennorita.“

Don Roncz schien aber die Einladung überhört zu haben oder nicht zu beachten, denn er neigte sich nur leicht gegen den Amerikaner, zu dem Manuela nicht einmal aufschaute und ließ sich dann mit der Tochter auf der anderen Seite des Tisches nieder. Siffy schien indess die Unterhaltung nicht so bald aufgeben zu wollen. Mit dem wenigsten Spanisch, das er radebrechen konnte, suchte er ein Gespräch mit dem jungen Mädchen anzuknüpfen, deren Spiel er sich bemühte zu preisen.

Manuela gab ihm indess keine Antwort, sie sah nicht einmal von ihrem Teller auf und wies so hartnäckig jede Annäherung Siffy's zurück, daß der Amerikaner endlich, einen eben nicht freundlichen Blick auf die Spanierin werfend, seine Unterlippe zwischen die Zähne kalf und mit dem vor ihm liegenden Messer sein Brot zerstückte.

Emil war jetzt zu ihnen getreten und ein leichtes Rot

sa me einige Mal in der Luft brohte; darauf ließ er sich wieder schwer auf die Bank nieder und verblieb regungslos. Diese summe Geberde des gequälten Mannes, seine aufrechte Haltung, sein stolzer und grimmiger Blick haben eine so erschütternde Wirkung geübt, daß für eine Weile lautlose Stille im Saal entstand und eine tiefe Bewegung sogar am Richterlich sichtbar wurde. Der Verteidiger vermochte kein Wort mehr hervorzubringen vor Erschütterung und brach seine Rede ab.

Und darauf erfolgte das Todesurteil, das Kasprzyk mit absoluter Ruhe entgegennahm.

Politische Standpunkte.

Rechtsstand.

Ein Divisionspfarrer vor dem Reichs-Militärgericht. Der Fall des früheren katholischen Kaplans und jetzigen evangelischen Divisionspfarrers Bachstein aus Minden hat am Mittwoch das Reichs-Militärgericht in Berlin in der Markgrafenstraße beschäftigt. Divisionspfarrer Bachstein steht unter der Anklage, sich in einem Vortrage vor dem Dnabrücker Zweigverein des Evangelischen Bundes am 19. Januar d. Jz., heisset: „Ein Blick in die Seele des Ultramontanismus“, der Beschimpfung der katholischen Kirche schuldig gemacht zu haben. Ein Berichterstatter der katholischen „Dnabrücker Volksztg.“ veröffentlichte unter der Spitzmarke: „Ein abgefallener katholischer Pfarrer“ einen ausführlichen Auszug aus dem Vortrage Bachsteins, und dieser Bericht liegt wesentlich der Anklage zugrunde. Die Anklage erstreckt sich 1. auf Herabsetzung des Papsttums, 2. Beschimpfung des Marienkultus und 3. der heiligen Messe. Die Angelegenheit hat am 23. Mai d. Jz. das Divisionsgericht der 13. Division in Münster in Westfalen und infolge Berufung des Gerichtsherrn, Generals v. Winterfeld, am 26. Juni das Oberkriegsgericht in Münster beschäftigt. In beiden Fällen wurde Bachstein nach einträglicher Verhandlung freigesprochen. Der Gerichtsherr hat auch die Urteilsfindung angefochten, und so ist die Angelegenheit nunmehr bis vor das Reichs-Militärgericht gekommen. Der Vertreter der Anklage, Reichs-Militärgerichtsrat Menschel begrüßte die Revisionsanträge, indem er rügt, daß von dem Vorgericht nicht berücksichtigt sei, daß der Angeklagte ein Geständnis dahin abgelegt habe, er hätte es für möglich gehalten, daß Katholiken anwesend sein könnten (dolus eventualis). Er habe ja gesagt: „Wenn Katholiken unter uns sind, so bitte ich sie, nicht anzunehmen, daß wir ihnen wehe tun wollen.“ Ferner habe der Angeklagte zugegeben, gewußt zu haben, daß auch Nichtmitglieder des Evangelischen Bundes anwesend seien. Wenn das Urteil daher sage, objektiv sei „Dissentlichkeit“ gegeben gewesen, subjektiv aber nicht, so sei das geradezu eine widersprechende Begründung. Der Eventualdolus liege unbedingt vor. Das Reichsgericht habe den Begriff der „Dissentlichkeit“ noch viel mehr erweitert, das Reichsmilitärgericht werde diesem Beispiel folgen müssen. Der Verteidiger Rechtsanwalt v. Borries führt aus, er sei der Ansicht, daß das Verfahren unzulässig sei, weil der Anklageverfügung die Unterschrift des Kriegsgerichtsrats fehle und die Anklageverfügung dem Angeklagten nicht bekanntgegeben sei. Seines Erachtens müsse deshalb das Verfahren eingestellt werden, wie er das bereits früher beantragt habe, denn dieser Mangel lasse sich nicht heilen. Der Angeklagte müsse aber auf alle Fälle auf Grund des § 59 des Strafgesetzbuches freigesprochen werden, da er „das Vorhandensein von Tatbeständen nicht gekannt habe, welche zum gesetzlichen Tatbestande“ gehörten. Er bitte, die Revision zurückzuweisen; die Urteilsbegründung sei durchaus logisch. Das Urteil habe alle Punkte geprüft, welche nach Ansicht der Anklage geprüft werden mußten. Der dolus eventualis könne auch nicht zur Anwendung kommen, weil der Angeklagte die ältesten Worte an die Katholiken nur in dem Stille gerichtet habe, daß er sie als Eindringlinge stempeln wollte, wenn sie anwesend wären. Er bitte, die Revisionsanträge zurückzuweisen. Reichs-Militärgerichtsrat Menschel repliziert, wenn die Ansicht der Verteidigung richtig sei, so könne ja dann ein widerspenstiger Kriegsgerichtsrat das ganze Strafverfahren lahmlegen. Rechtsanwalt v. Borries ist der Ansicht, daß tatsächlich eine gewisse Unklarheit in dem Gesetz vorhanden sei. Ein inneres Band zwischen den Mitgliedern des evangelischen Bundes sei zweifellos vorhanden, wie die Aussagen bewiesen. Wenn man das berücksichtige, so müsse

man zu der Überzeugung kommen, daß eine Dissentlichkeit im Sinne des Gesetzes nicht vorliege. Der Angeklagte selbst verachtet auf das Wort. Nach einträglicher Beratung verurteilt der Vorsitzende das Urteil dahin: Das Urteil des Oberkriegsgerichts vom dem Generalkommando des 7. Armeekorps vom 23. Mai 1905 wird nebst den tatsächlichen Feststellungen aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Berufungsinstanz zurückverwiesen. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus: Der Senat ist der Ansicht, daß die Anklageverfügung zu Recht besteht. Wenn der Kriegsgerichtsrat glaubt, mit Urteilen des Gerichtsherrn nicht einverstanden sein zu können und Widerspruch dagegen geltend macht, so hat er nach Maßgabe des § 97 Abs. 3 der Militärstrafprozessordnung unverzüglich die Akten dem Oberkriegsgericht vorzulegen. Das ist geschehen und dadurch, daß das Oberkriegsgericht sich auf den Standpunkt des Gerichtsherrn stellt, tritt durch diesen Beschluß der Beschluß des Gerichts an die Stelle der Unterschrift des Kriegsgerichts. Eine Justizleistung dieses Beschlusses war nach Ansicht des Senates nicht geboten. Der Senat geht davon aus, daß der Angeklagte sich aus den Akten orientieren kann, und daß dieser Beschluß des Oberkriegsgerichts nicht etwa lediglich eine Bestimmung zugunsten des Angeklagten ist, sondern eine im öffentlichen Interesse gegebene. In der Frage der Dissentlichkeit steht der Senat vollständig auf dem Standpunkte der Reichsmilitärrechtsanwaltschaft und des Urteils des Kriegsgerichts vom 6. Januar 1901. Danach ist der Begriff „Dissentlichkeit“ nicht mehr so eng zu fassen, wie im früheren preussischen Recht. Es kommt auch Ansicht des Senates, je nach besonderen Umständen, nur darauf an, daß eine unbestimmte Anzahl von Personen das betreffende Wort gehört haben bzw. hören konnten oder sehen konnten. Das Urteil des Oberkriegsgerichts stellt objektiv fest, daß die Versammlung eine öffentliche war. Es lehnt aber den Begriff der Dissentlichkeit ab mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte sich nicht bewußt gewesen sei, daß es sich um eine öffentliche Versammlung handelte, und zwar um eine Versammlung des Evangelischen Bundes, nicht etwa nur um eine Versammlung von Mitgliedern des Evangelischen Zweigvereins Dnabrück. Unter diesen Voraussetzungen hätte das Oberkriegsgericht noch prüfen müssen, welche Bestimmungen die Statuten des Evangelischen Bundes aufstellen in bezug auf Zutritt und Austritt von Mitgliedern, wie über die Art der Verhandlung überhaupt. Was von den politischen Vereinen gilt, gilt nach Ansicht des Senates entsprechend auch für die religiösen und wirtschaftlichen Vereine, wenn es sich darum handelt, festzustellen, ob der Ausschluß der Dissentlichkeit erkennbar ist. Da der Angeklagte zugegeben hat, daß er wohl an die Anwesenheit eines Katholiken gedacht hat, so hätte das Oberkriegsgericht auch in Erwägung ziehen müssen, ob der Angeklagte nicht Katholiken überhaupt ins Auge gefaßt hat und er dabei nicht auch daran gedacht hat, daß die Voraussetzungen des sogenannten dolus eventualis vorliegen. Ferner hat das Oberkriegsgericht die Erklärung des Angeklagten, es sei ihm bekannt, daß auch Nichtmitglieder nicht zurückgewiesen werden, nicht berücksichtigt. Diese Feststellung muß nachgeholt werden. Endlich hat das Oberkriegsgericht hinsichtlich des subjektiven Verhaltens des Angeklagten keine tatsächlichen Feststellungen getroffen, vielmehr erklärt: Da wir die Dissentlichkeit überhaupt verneinen, so ist es überflüssig, sich über das Vorhandensein der sonstigen Tatbestandsmerkmale zu verbreiten. Dem Reichsmilitärgericht fehlt unter diesen Umständen eine Unterlage zur Nachprüfung in diesem Punkte. Es muß deshalb auch hier eine tatsächliche Feststellung von der Berufungsinstanz nachgeholt werden.

Soziales und Parteiliches.

Kein Einhaltsbefehl. Beim Lokalkampf im Bäckergewerbe in Dresden vor einigen Monaten hatten die Innungsmeister einen gerichtlichen Einhaltsbefehl erwirkt gegen die Gehilfenorganisation und die „Sächs. Arbeiterzeitung“ dahin, daß die Namen der Bäckermesser, die sich mit der Organisation geeinigt hätten, von der letzteren nicht empfehlend bekannt gegeben werden dürften. Man kam deshalb zu folgendem Ausweg. Die Bäckermesser, die bewilligt und unter sich eine „Freie Vereinigung von tariffreien Bäckermessern“ gegründet hatten, gaben die Namen der Mitglieder dieser Vereinigung mit dem Bemerkten bekannt, daß sie die Forderungen der Bäckergehelfen bewilligt hätten. In reaktionellen Teile der „Sächs. Arbeiterztg.“ war dazu be-

merkt; „Wie die Arbeiterschaft sich gegenüber der Freien Vereinigung zu verhalten hat, brauchen wir wohl nicht erst zu sagen.“ Unter Berufung auf die frühere Verfügung gingen nun die Bäckermesser von der Innung abermals ans Gericht, um auch die Veröffentlichung der Freien Vereinigung unmöglich zu machen. Man verlangte auf drei Monate die Hinterlegung einer Kaution von 10 000 Mk. von den Verlegern des Blattes, woran man sich für den „durch fernere Zwißerhandlungen entstehenden Schaden“ halten wollte. Die Sache war sehr schön und suchbar einfach gedacht. Diesmal hatten die Innungsherren aber kein Glück. Es wurde rechtzeitig Einspruch erhoben. Darauf hat das Landgericht dieses Verlangen abgewiesen. In dem Urteil heißt es unter anderem: „Aus der überreichten Nummer der „Sächs. Arbeiterztg.“ ist zu entnehmen, daß sich die Bäckermesser, die die Forderungen der streitenden Gesellen bewilligt haben, zu einer Freien Vereinigung zusammengeschlossen und selbst diese Tatsache unter Aufführung ihrer Namen mit einer Empfehlung an das Publikum in dem gedachten Blatte angekündigt haben. Auf diese Bekanntmachung wird in der Stadtchronik aufmerksam gemacht und davon u. a. die Bemerkung geknüpft: „Wie die Arbeiterschaft sich gegenüber der Freien Vereinigung zu verhalten hat, brauchen wir wohl nicht erst zu sagen.“ Wenn es auch nachteilig anzunehmen, daß hierdurch die Arbeiterschaft von Dresden und Umgebung her angezogen werden sollen, nur bei den zur Freien Vereinigung gehörigen Bäckermessern zu kaufen, so ist doch die angeführte Bemerkung zu allgemein gehalten, als daß mit Notwendigkeit jene Aufforderung darin gefunden werden müßte. Jedenfalls fällt aber die Aufforderung nicht unter das in der einstweiligen Verfügung unter 1) ausgesprochene Strafverbot, da dieses nur die an die Arbeiterschaft und die sonstige Bevölkerung Dresdens und Umgebungen gerichteten Aufforderungen der fraglichen Art, nicht aber solche, die sich, wie hier, nur an die Arbeiterschaft richten, treffen will. Insofern der Antrag der Klüßiger auch die oben erwähnte Bekanntmachung „Freie Vereinigung usw.“ mit umfassen soll, ist er un begründet, weil die Bekanntmachung nicht sowohl ein Verzeichnis der „geregelten“ Bäckereien enthält, als vielmehr ein Verzeichnis der Mitglieder der Freien Vereinigung von Bäckermessern, die den Forderungen der Gesellen nach vorangegangenen Verhandlungen, in denen auch von der Gegenseite Gegenstände gemacht worden sind, entsprochen haben, und die Bekanntmachung von jenen Bäckermessern selbst ausgeht, also mit ihrem Willen und Wissen erfolgt ist. Ein solches Vorgehen fällt daher nicht unter die Strafandrohung, wie sie unter 2) der einstweiligen Verfügung ausgesprochen ist.“

Die Pariser Postbeamten werden rebellisch. Ungefähr 3000 Postbedienstete hielten in der Arbeitskammer eine Versammlung ab, in welcher unter anderem beschlossen wurde, Erhöhung der Bezüge und Vermehrung des Personals zu verlangen und zur Verwirklichung dieser Forderungen trotz der ablehnenden Haltung des Ministers eine Fachgenossenschaft zu gründen. Ende dieses Monats soll ein Kongress der Postbediensteten Frankreichs abgehalten werden, auf welchem insbesondere über die Frage der Fachgenossenschaft beschlossen werden soll.

Für die Opfer des russischen Befreiungskampfes gingen bis jetzt beim Parteikassierer 95 500 Mk. ein.

Spittel. Am Sonntag sollte im Düsseldorf Gewerkschaftshaus eine zweite Versammlung stattfinden mit dem Thema Generalstreik oder politischer Massenstreik. Auch diese Versammlung wurde, wie die vorhergehende in der Löwenburg, sofort nach Eröffnung aufgelöst. Diesmal zeigte sich die Situation dadurch aus, daß auf der Hauptpostzeitwache ein Aufgebot von 40 Mann konstatiert war. Die Zugänge zur Bergerstraße, in der das Gewerkschaftshaus gelegen, hatten „Gehelme“ besetzt, die gleichfalls über die ganze Straße postiert standen. In der Versammlung selbst war eine große Anzahl von Gehelpolizisten anwesend. Zwei „Nachtgroßentzungen“ wurden in der Versammlung erkannt und einer an die Luft beschützt, während der andere es vorzog, zu verdüsten. Auch im Gewerkschaftshaus selbst hat die Bespitzelung der Arbeiter durch derartige Subjekte neuerdings wieder eingesetzt. Vor wenigen Tagen wurde eines dieser Individuen dort vor die Tür gesetzt. Es scheint also eine neue Spittel-Alexa im Anzuge zu sein.

Dem früheren Sandtagabgeordneten Genossen Dubex in W. a. N. (Dresden) hat man am Jahrestage seines Todes ein Denkmal gesetzt. Der Gedenkstein, ein wie aus Felsen gehauener 1,05 Meter hoher roter schwedischer

färbte die bleichen Wangen der Jungfrau, als sie seine Nähe mehr fühlte als sah. Aber gewaltsam bezwang sie jede etwa in ihr aufsteigende Bewegung, und sich zu dem jungen Manne wendend, sagte sie mit leiser, aber gar so weich und herlich klingender Stimme in ihrer Muttersprache: „Sennor, Sie haben uns in den letzten Tagen einige Male verpflichtet, indem Sie meinem Vater die Speisen ohne Barzahlung abließen.“

„Sennorita!“ erwiderte der Kellner, dem das Blut ins Gesicht schöß — das ist — das ist eine Sache, die allein meinen Prinzipal betrifft.“

Die Jungfrau sah den Kellner groß und forschend an; es war das erste Mal, daß sie die langen dunklen Wimpern hob, seit sie den Raum betreten, dann aber sagte sie, leise mit dem Kopfe schüttelnd, aber nicht unfreundlich:

„Ich weiß, daß Monsieur Rigault keinem Menschen borgt, und wenn deshalb einer seiner Leute Speisen ohne bare Bezahlung abläßt, tut er es nur auf seine eigene Gefahr hin. Wir haben Ihnen deshalb nur dankbar zu sein. Diese kleine Summe wird das wohl gerade decken. Bitte, nehmen Sie!“

„Sennorita!“ hat Emil wieder in aller Verwirrung, ohne die Hand nach dem dargebotenen Gelde auszustrecken; das junge Mädchen sah aber so ernst, ja staunend zu ihm auf, daß er sich nicht länger weigern konnte. Er nahm das Geld und sagte zögernd:

„Ich hoffe nicht, daß die Schuld dieser wenigen Dollar Ihnen drückend gewesen ist, Sennorita. Daß es mir selber Freude gemacht hat, Ihnen für nur kurze Zeit gefällig zu sein, mögen Sie mir wohl glauben.“

Das Mädchen erwiderte nichts hierauf, neigte sich nur leise gegen ihn und nahm ihren Sitz wieder ein. Indessen hatte ein anderer Kellner die von Emil bestellten Speisen für Sennor Konez und seine Tochter gebracht und schweigend verzehrten Beide das ihnen vorgelegte Mahl. Doktor Rascher

aber behielt dabei Zeit, die Züge des jungen Mädchens zu beobachten, und mußte sich gestehen, in seinem ganzen Leben noch kein edleres schöneres Antlitz gesehen zu haben. Dabei konnte die Jungfrau nur höchstens siebenzehn Jahre zählen, und wie süßlich mußte ihr da, wenn sie sich nur im Gerümpel ihrer Stellung bewußt war, die Lage sein, in der sie hier unter dem Auswurf der Menschheit — unter den Spielern — stand, als Lodoogel ihnen Opfer für ihre Tische herbeizurufen. — Aber vielleicht fühlte sie das nicht in seiner ganzen Schärfe — der gute alte Mann überredete sich wenigstens dazu — und dann ertrug sie auch ihr Los mit viel leichterem Herzen. Konnte er doch nichts von den heißen Tränen wissen, mit denen die Unglückliche jede Nacht ihr hartes Kissen wehte.

Fast unwillkürlich schweifte dabei sein Blick nach dem ihr gegenüber sitzenden Amerikaner hin, und nicht möglich war es, größere Verschiedenheit des Ausdrucks in zwei menschliche Gesichter zu legen, als diese beiden trugen. — Margareth und Reppist — der Gedanke drängte sich ihm, ohne daß er ihn suchte, auf; die verkörperte Unschuld auf der einen, Vaster und wilde, ungezügelter Leidenschaft auf der andern Seite. Und fühlte Sennor etwas Ähnliches, daß sein Blick so stier und finster auf der Jungfrau hastete? Nein, in den Zügen lag keine Reue über begangene Missetat, über ein verworfenes Leben, und wenn der Ausdruck irgend etwas verriet, in war es wilde Lust und sträfliches Verlangen nach dem engelreinen Kinde. Das Anstarren des schönen kalten Frauenbildes schien ihn aber selber zuletzt zu langweilen, denn er bog sich plötzlich noch einmal über den Tisch hinüber und sagte:

„Manuelita!“
Trotzdem erwiderte das Mädchen keine Silbe, verzehrte schweigend ihr Abendbrot und sah still vor sich nieder. Don Alfonso, wie ihr Vater gewöhnlich genannt wurde, war in dessen aufgefunden und hinten an die Kasse gegangen, das Geld, das er kurz vorher von der Tochter empfangen hatte,

für ihre Abendmahlzeit zu zahlen. Mit einem leise gemurmelten Fluch stand da der Yankee auf und Doktor Rascher folgte ihm ängstlich mit den Augen, denn er ging um den Tisch herum, gerade auf die dort jetzt allein sitzende Jungfrau zu. Dieser war die Bewegung ebenfalls nicht entgangen, denn schon blitzte sie unter den langen Augenwimpern nach der sich nähernden Gestalt hinüber, ohne sich jedoch auf ihrem Stuhl zu regen. — Jetzt war der Amerikaner dicht hinter ihr, bog sich zu ihr nieder, und seine Hand um ihre Taille legend, sagte er in englischer Sprache, von der er wußte, daß sie wenigstens etwas verstand:

„Komme, mein süßes Täubchen, das hilft Dir Alles nichts. Wir gehören einmal zusammen zum Handwerk — Du spielst oben und ich unten, und —“

„Sennor!“ rief die Jungfrau, sich rasch in ihrem Sitz emporschleudert und die Hand des Fremden mit einem wilden tödlichen Haßes von sich werfend. Der jubringliche Wursche war aber nicht so leicht abgeschreckt, schämte er sich doch auch vielleicht vor einzelnen, gerade anwesenden Kameraden, so heimgeschlossen zu sein. So also das Mädchen rasch wieder mit seiner eisernen Hand fassend und sie trotz allem Sträuben an sich ziehend, rief er lachend aus:

„Ei, so will ich doch sehen, ob ich von dieser kalten schwarzen Nachtigall nicht wenigstens einen Kuß —“

Er kam nicht weiter, und zwar in Folge einer eben so eigentümlichen als gewaltigen Unterbrechung. Der Kellner Emil nämlich hatte — ob zufällig oder nicht — gerade in diesem Augenblick dort in der Nähe einige Leere Teller vom Tisch genommen, als der freche Bube das Mädchen umschlang; blitzschnell aber drehte sich Sennor gegen ihn und schlug ihm mit aller Kraft einen eben nicht ganz leichten Teller dermaßen auf den Kopf, daß er in tausend Stücke sprang und der Betroffene seine Brute losließ und zurücktaumelte. Hätte der Fitzhut den Schlag nicht in etwas gemildert, wer weiß, ob er ihm nicht gefährlich geworden wäre. (Fortsetzung folgt.)

Granitstein, ruht auf einem 40 Zentimeter hohen Sockel aus eisenartig bearbeitetem grauen belgischen Granit und auf einem ebensolchen Grundsteine. Als Aufschrift steht auf dem Stein in goldenen Lettern: „Hier ruht Landtagsabgeordneter Carl Duhn. Geboren 21. März 1865, gestorben 10. September 1904. Ein Sohn des Volkes wolle er sein und bleiben. Gemahnet von seinen Freunden.“ Unter Parteibild registriert dabei, daß der Banter Füllprediger Föbelen den Satz beanstandete: „Gemahnet von seinen Parteigenossen“, und nach langem Parlamentieren den Satz vom „Sohn des Volkes“ zuließ.

Partei- und Parteipresse. Unter Parteipresse in Augsburg, die „Schwäbische Volkszeitung“, die seit 1. April auch von den Parteigenossen aus dem ganzen Reich Schwaben als Parteiorgan erklärt wurde, hat dadurch und durch die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe in diesem Jahre und nicht zuletzt durch die energische Agitation der Genossen so bedeutende Abonnenten gewonnen, daß die Zeitung ab 1. Oktober ihren Inhalt verdoppeln kann. Im Jahre 1900 gegründet, erschien das Blatt zuerst zweimal wöchentlich, dann dreimal wöchentlich, bei Beginn der Reichstagswahl 1903 wurde es zum „Tagblatt“ umgewandelt und nachdem es bis jetzt täglich vierseitig erschien, wird es ab 1. Oktober täglich achtseitig herausgegeben. Es kommen eine neue zweite Schnellpresse und zwei Schreibmaschinen in Betrieb und zu gleicher Zeit wird der Abdrucktag mit diversen anderen Verbesserungen eingeführt.

Zu dem allfälligen Beschluß der altenburgischen Regierung gegen die Vergünstigung des Parteitagess geht dem „Vorw.“ aus Altenburg noch eine Rückantwort zu, der wir einiges entnehmen. Die altenburgische Regierung stützt sich dem Wille der Mecklenburger gegenüber auf den Wahlvertrag, worin dem Wille verboten ist, sein Lokal zu sozialdemokratischen Versammlungen oder sonstigen Veranstaltungen der Partei herzugeben. Wir sehen darin immerhin eine Konsequenz des staatlichen Lokaleigentümers gegenüber dem Verhalten anderer Saalbesitzer, die zwar sozialdemokratische Vergünstigungen in ihren Lokalen gern sehen würden, aber keine Versammlungen der Arbeiter dulden wollen. Schade, daß die durch Altenburg führenden Bahnen nicht dem altenburgischen Staate gehören; man würde sicher sagen: sozialdemokratisches Geld Markt; unsere Bahnen sind nicht dazu da, die Umfährer zu ihren Umfährerkontrollen zu fahren. Wären sie einen Schritt zur Seite treten und bräuen herum vorbeigehen! Am 20. September wird, sicherem Vernehmen nach, die ganze altenburgische bewaffnete Macht, bestehend aus einem Major und 37 Gendarmen, auf der Mecklenburger versammelt sein, um die Gendarmen des Wiltzes zu bewachen.

Zum Parteisekretär für das Großherzogtum Hessen wurde Reichstagsabgeordneter G. Hoffe Dr. David in Mainz gewählt.

Aus Maß und Fern.

Er kann sich's leisten. Graf Büdler-Klein-Schirne hat sein Verhalten den Gerichten gegenüber noch nicht geändert. Am Freitag sollte er vor dem Amtsgericht in Glogau verurteilt werden wegen seiner Berliner Reden. Er zog aber wieder vor, unentschuldig durch Abwesenheit zu glänzen. Ueber etwa gegen ihn getroffenen Maßnahmen verlautet nichts. Die zuständigen Stellen hielten sich in Schweigen.

Ob's wohl etwas nützen wird? Die Handelskammer in Kottbus beschloß einstimmig, an den Minister der öffentlichen Arbeiten eine Eingabe zu richten, in der verlangt wird, daß die Strecke Kottbus—Görlitz zweigleisig ausgebaut und in Kottbus eine neue Eisenbahndirektion eingerichtet werden soll.

Verurteilter Polizist. Der bisherige Polizeiergeant Richard Land von Liegnitz wurde vor Jahresfrist wegen verschiedener Verfehlungen vom Dienst suspendiert und es wurde gegen ihn das Disziplinarverfahren auf Dienstamtliche eingeleitet. Der Bezirksausschuß sprach auch diese Dienstamtliche aus, doch schwebt die Sache jetzt noch beim Oberverwaltungsgericht. Zu seinen Verfehlungen gehörte auch eine Diebstahls-Affäre, die sich im Jahre 1902 in einem Gasthofe der Carlshaus zugehörte. Land hatte sich damals im Gasthof ein Fläschchen Tabak, das die Form eines Fehlers hatte, im Beisein des Tischlers Härtel eingesteckt. Als im vorigen Jahre alles Material gegen ihn zusammengetragen wurde, da wurde auch jene Affäre mit herangezogen. Land wurde wegen Diebstahls angeklagt und vom Schöffengericht in Liegnitz auch zu einer kurzen Freiheitsstrafe verurteilt. Auf seine Berufung erkannte aber die Strafkammer auf Freisprechung, weil sie annahm, daß Land sich nur im Scherz (!) das Fläschchen eingesteckt und nicht die Absicht der rechtswidrigen Zueignung gehabt habe. In dieser für ihn also günstig verlaufenden Affäre hatte sich Land vor der schöffengerichtlichen Verhandlung zu Härtel begeben, der damals als Werführer in Hoytau tätig war, und besprach mit ihm die schon zwei Jahre zurückliegende Affäre. Härtel erklärte, er werde vor dem Schöffengericht nichts anderes aussagen können, als er schon vor dem Untersuchungsrichter ausgesagt habe. Als sich nun verschiedene Differenzen zwischen den Aussagen des Härtel und den Darstellungen des Land ergaben, soll letzterer dem Härtel erklärt haben: „Na, ich (Land) werde ja als Angekluldigter zuerst vernommen; wenn nun Deine Aussage mit der meinigen nicht übereinstimmt, so sage nur, Du könntest Dich wegen der Länge der Zeit nicht mehr genau darauf besinnen.“ In dieser Äußerung, die Land jetzt dem Sinne nach bestritt, fand die Strafkammer den Tatbestand der unternommenen Verleitung zum Meineide und verurteilte den Land zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust, verfügte auch seine sofortige Verhaftung wegen Zuchthausverdachts. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre Zuchthaus beantragt.

Attake auf einen Staatsanwalt. Zwei gewerbmäßige Einbrecher wurden unter besonderen Vorbehaltregeln der ersten Ferienkammer des Landgerichts II in Berlin vorgeführt. Unter der Anklage des wiederholten schweren Diebstahls im Rückfalle standen der unter dem Spitznamen „Schampel“ in Verbrechertreffen bekannte „Arbeiter“ Willi Kersch und der Schlosser Gustav Kruse alias Krüger. Beide Angeklagte sind vielfach vorbestraft. Vor Gericht bestritten die Verbrecher jede Schuld. Der Gerichtshof kam auf Grund der umfangreichen Beweisaufnahme nur zu der Überzeugung von der Schuld des Angeklagten

Merlich. Das Urteil lautete gegen ihn auf fünf Jahre Zuchthaus. An die Urteilsvollstreckung knüpfte sich eine löbende Szene. Merlich, der sich schon während der ganzen Verhandlung äußerst frech benommen hatte, begleitete das Urteil mit tropfenden Bemerkungen, sprang dann plötzlich über die Barriere und wollte den Staatsanwalt zu Liebe gehen. Zwischen den schnellst hin-zuspringenden Gerichtsbedienten, die durch einen im Saale anwesenden Gendarmen unterflücht wurden, und dem Angeklagten entspann sich ein erbitterter Kampf, in dessen Verlauf der mit Sachen bedeckte Beugentisch krachend zu Boden stürzte. Merlich wurde schließlich übermannt und gefesselt und mußte, da er noch immer heftige Gegenwehr leistete, nach dem Untersuchungsgefängnis förmlich hinaus geschleift werden.

Eine weibliche Leiche fand man Dienstag in der Hafenstraße bei Berlin. Es handelt sich um die Arbeiterin Maria Wisch. Die Döbblinon läßt auf einen Nord schlesien. Als Täter gilt der frühere Geliebte des Mädchens, der Antsjer Hermann Richter, ein verheirateter Mann. Er ist flüchtig und wird nachdrücklich verfolgt. Das Mädchen hatte sich von ihm abgewandt; er hat es allem Anschein nach in einen Hinterhalt gelockt, ermordet und die Leiche später entleert.

Der gespaltene Wachmeister. Der Wachmeister Hertel beim Karabinierregiment in Borna hatte sich von den Einjährigen nichtig spielen lassen. Er bekam unter anderem eine komplette Wadentrichtung geschickt, dann einen eleganten Kronleuchter, einen bequemen amerikanischen Sesselstuhl, einen Blumentisch und einen wertvollen Teppich. — Stiefel, Hülfskleider und Stoffe für die Frau Wachmeister durften die Einjährigen bezahlen und die Schmelzrechnungen noch obendrein. Für diese Seite seiner militärischen Wirksamkeit erhielt Hertel sechs Monate Gefängnis. Aber die Sache hatte noch ein Nachspiel vor dem Leipziger Landgericht. Hertel hatte einen der früheren Einjährigen, den Kaufmann Ente aus Bornau bewogen, vor Gericht auszusagen, er habe die Wadentrichtung an Hertel verkauft und sie ihm nicht geschickt. Ente sagte aus Gutwilligkeit auch wirklich so aus, um damit seinen früheren Vorgesetzten möglichst herauszureißen. Dafür wurde er nun wegen Verunglimpfung zu 150 Mark, Hertel wegen Verunglimpfung zur Verurteilung zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. — Daß Spädarkten der geschickelten Art vorkommen können, deutet wiederum auf einen schweren Schaden in der Armee hin.

Eine erschütterte Antivität. Der Herr Feldwebel Adam Schmidt vom Anhaltischen Infanterie-Regiment Nr. 93 in Bernburg stand am Morgen des 6. Juni in bunten Schuhen und im Drillanzug auf dem Kasernenhofe an seinem Gemüsegarten, als der Vizefeldwebel Bieler dort vorbeiging. Bieler grüßte „nur“ kameradschaftlich und unterließ es, dabei „die Knochen zusammenzutun“. Daraus fuhr Schmidt den Bieler entrißet an und sagte: „Wie kommt denn das, Sie gehen hier vorbei und grüßen mich nur kameradschaftlich; was soll denn das sein, nehmen Sie mal die Dine zusammen“. Bieler entgegnete, er habe das nicht nötig, da Schmidt gegenwärtig nicht Vorgesetzter sei, zumal er vom 1. Juni bis 31. August zu 150 Schuhen einer Zivilstellung beurlaubt wäre. Schmidt, ein Herr mit anscheinlich stark ausgeprägtem Standesbewußtsein, reichte Tatberichtig und brachte Bieler damit wegen Achtungsverletzung und Ungehorsams vor das zuständige Standgericht. Dieses entschied aber, Bieler brauchte damals nicht „die Beine zusammenzutun“, und erkannte auf Freisprechung. Der Gerichtsherr meinte aber, „Ehre dem Ehre gebühret“, und legte gegen das erste Urteil beim Kriegsgesicht der 8. Division in Belle Verurteilung ein. Hier betandete Adam Schmidt nun nochmals mit Enttäufung, Bieler habe sich damals „in höchst breiideutiger Weise“ vor ihm hingestellt. Der Ankläger hatte Mitleid mit dem Schmerz Schmidts und beantragte gegen Bieler drei Tage gelinder Urteil. Das Kriegsgesicht gab aber Schmidt recht deutlich zu verstehen, er hätte eigentlich selbst empfinden müssen, daß er damals nichts zu befehlen hatte, und sprach Bieler frei.

Tod unter eigenartigen Umständen. In Simmersbach bei Koblenz jagte während eines Gewitters der Witz in das Wohnhaus des Landwirts Nech ein. Das Wohnhaus, die Scheune und die Stallungen brannten nieder. Der 18jährige Neffe des Nech wurde beim Abstieg des Fensters vom Herzschat getroffen und stürzte tot nieder.

Unmenseliche Behandlung der alten Mutter. Vom Landgericht Freiberg ist am 18. Juli der Waldarbeiter Paul Otto Hunger wegen gefährlicher Körperverletzung zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden, wegen gleiches Vergehens seine Ehefrau zu einem Jahre drei Monaten. Die 80 Jahre alte Mutter des Angeklagten wohnte bei ihm und wurde zweimal vom Schläge gerührt; sie blieb bis zu ihrem Tode bettlägerig. Beiden Angeklagten lag die gesetzliche Pflicht zur Verpflegung ob, die der Mann auch den anderen Verwandten gegenüber versprochen hatte. Nahrung haben die Angeklagten der alten Frau gegeben, aber im übrigen haben sie es an jeglicher Pflege fehlen lassen. Die Kranke lag in einem 1819 angefertigten Bette, das unter ihr allmählich zusammengebrochen war. In den letzten Wochen vor ihrem Tode wurde sie gar nicht mehr gewaschen, vorher nur selten. Urin und Kot wurden nicht entfernt. Der Unterleib war beim Tode grün und schwarz angefault und es waren Maden im Fleisch, außerdem wuchs Schimmel auf der Kopfkante des Körpers. Der Zustand vor dem Tode ist infolge der Fleischverletzungen sehr schmerzhaft gewesen. Diese Körperverletzungen haben die Angeklagten durch ihre Inbolenz herbeigeführt. — In ihrer Revision behaupteten sie, es seien noch andere Verwandte dagewesen, die für die Mutter zu sorgen hatten, daher habe keine gesetzliche Pflicht der Angeklagten vorgelegen. — Das Reichsgericht verwarf am 9. September die Revision als unbegründet, da festgestellt sei, daß die Angeklagten vertraglich die Pflicht übernommen hatten, die alte Frau zu pflegen. Körperverletzung könne sehr wohl durch Unterlassung begangen werden.

Briefe und Postkarten. Das Land der Postkarten ist nach wie vor das deutsche Reich. Nach der letzten Statistik des Weltpostvereins wurden 1903 im deutschen Reich 1161 Millionen Stück Postkarten ausgegeben. Selbst die

bedeutend vorzuziehenden Vereinigten Staaten von Amerika gaben nur 770 1/2 Millionen Postkarten auf. Au dritter Stelle ist jetzt Großbritannien gerückt mit 613 Millionen. Japan, das früher nach Deutschland die meisten Postkarten schickte, steht jetzt an vierter Stelle mit 487 1/2 Millionen Karten. Deutschland schickte also allein fast so viel Karten als Amerika und Japan zusammen. Alle übrigen Länder stehen diesen drei germanischen und einem mongolischen Staate weit nach. Keiner erreicht auch nur 300 Millionen. In einzelnen sind in Oesterreich 291, Britisch-Indien 254, Rußland 114 Millionen Karten aufgegeben. Alle anderen haben weniger als 100 Millionen, so Belgien 63, Dänemark 6, Frankreich 70, Spanien 13, Ungarn 88, Italien 85, Niederlande 59, Norwegen 5, Portugal 11, Schweden 43, die Schweiz 53 etc. Die meistaus meiststen Briefe kommen aus den Vereinigten Staaten und zwar 4109 Millionen. Es folgt Großbritannien mit 2597 Millionen und dann erst Deutschland mit 1658 Millionen, Frankreich zählt 844 Millionen. Es folgen unter einer halben Milliarde unter anderem Oesterreich mit 464 Millionen Briefen, Belgien 104, Spanien 135, Ungarn 127, Britisch-Indien 258, Japan 208, Norwegen 32, Niederlande 86, Rußland 340, die Schweiz 94, Schweden 8 usw.

Also spricht Bod.
Was quasseln Sie? Fleißig? Das ist nicht lauge!
Ich finde den Fleißigswort jeraß zu freivol!
Freude ist doch ne janz jale Sach.
Ich esse und rede mit B. liebe Wohl.

Das Volk soll von Brot im Kartoffeln leben!
Es mittags un abends Kartoffelbrei!
Und wem det nich schmedt, der hungert eben!
— Was schadet det weiter? Was is dabei?

Wenn der Postkart kommt, dann wird es noch besser,
Det is nich natürlich schätzlich jal.
Det Volk der Dichter un Denker sin Jassor.
Nur ich, ich hab' noch en Ideal!

Die Zeitungschmiedere, ob die mir vermöbeln,
Wie wir jebaut sin, wat liegt dabran?
Und haben die Leute nicht zu prädeln,
Wat jeh denn det die Regierung an?

In China, da jessin se Mäuse un Hunde,
Ud mucken se uff? — Ne se jessen et jern!
Die Hauptjache: daß wir Minister jesunde!
Det an'ce is Schnuppe! Ju'a Mor'a, meine Herrn!
(Aus der „Jugend“.)

Wie russische Beamte arbeiten, schildert eine ergötzliche Blaudelei des „Pet. Wst.“: 1. die Schreiber arbeiten in den meisten staatlichen Institutionen bei einem Durchschnittslohn von 30 Rubeln monatlich 6 Stunden täglich, d. h. von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags; 2. der Tischvorsteher arbeitet entsprechend seinem höheren Monatsgehalt, das im Durchschnitt 125 Rubel beträgt, nur 4 Stunden täglich; 3. der Abteilungschef bezieht ein Monatsgehalt von mindestens 300 Rubeln, demgemäß erscheint er erst um 1 Uhr mittags zur Arbeit und stellt sie um 4 Uhr nachmittags ein; 4. der Departementsdirektor, der Einkommen von ca. 1000 Rubeln monatlich hat, ist natürlich genötigt, vornehmer als sein Abteilungschef zu sein. Da letzterer erst um 1 Uhr seinen Dienst antritt, kann der Herr Direktor natürlich nicht vor 2 Uhr erscheinen, und da der Untergebene füglich den Dienst nicht vor seinem Chef verlassen kann, ist dieser genötigt, noch vor 4 Uhr „Frierabend“ zu machen...

Literarisches.
„Jena“ heißt diesmal das Gedicht des „Südb.“ Postillon, das Ernst Klar als Prolog dem Parteitag widmet. Dessen schließt sich „Was in der Welt vorgeht“ an. — Kirchenstaat (Geb.) — Väterchen Volkath. Eine Fabel von William Bromme. — Die Abstellung der Fleißigkeit (Geb.) — Ueber dasselbe Thema kolet das farbige Titelbild: „Nationale Sanarwirtschaft“. — Das Mittelbild zeigt uns drei schlimme Geister, flüsternd und rauschend im deutschen Wälderwald; wohl will der Michel seine Taschen zugeknüpft halten, aber — — — ?! Schließlich bringt der „Südb. Postillon“ in seiner Nummer 19 noch eine Schmetterlingsjagd mit klärendem Gedicht und selbstverständlich noch eine Reihe interessanter Kleinigkeiten. Auch diese Nummer verdient die beste Verbreitung.

Vom der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 50. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Friedens- und Verfassungsfragen. — Zum Parteitag. Von R. Kautsky. — Die „Gerichtskronik“ in der Parteipresse. Von Rich. Gursky. — Die Organisationsfrage und der Parteitag. Von Heinrich Schulz. — Sozialdemokratie und Volksbildung. Von Ab. Vär (Brandenburg). — Neue Briefe von Ferdinand Lassalle. Von Rudolf Hüfberding. — Noch einmal die unmögliche Diskussion. Von R. Kautsky. — Einmütigkeiten und Unstimmigkeiten auf dem Detranktenkassentag zu Dresden. — Literarische Rundschau: Dr. Alexander Lillie, Der soziale Ultramontanismus und seine „katolischen Arbeitervereine“. Von Gustav Hoch. — Notizen: Die Unfallgefahr ausländischer Arbeiter. Von E. G. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummer stehen jederzeit zur Verfügung.

Kommunale Praxis, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt, herausgegeben von Dr. Albert Sadelum-Berlin. Daß der Gedanke, die Gemeinden sollten durch eigene Tierauszucht der Fleischnot steuern, Wurzel geschlagen hat, beweisen nicht nur die Vorgänge im Berliner Stadterordnetenkollegium, sondern auch die Zeugnisse aus der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, die wir in der neuesten Nummer der „Kommunalen Praxis“ zusammengestellt finden. Trefflich polemisiert darin Dr. Reinhardt Ebert gegen den Kleinmut, der sich auch bei dieser Gelegenheit wieder in den Reihen der deutschen Bourgeoisie bemerkbar macht. Der reichhaltige Inhalt des Heftes wird unseren Gemeindevorstern und allen, die sich für kommunale Politik interessieren, wieder viele Anregung bieten. Probenummern sind kostenlos jederzeit vom Verlage der „Kommunalen Praxis“, Berlin W. 15, zu beziehen.

Billige Lebensmittel!

Große Partie Rot- und Weißwein, Flasche 48 Pfg.
 Frische Eier, 12 Stück 60 Pfg.
 Geräucherter Speck, Pfund 85 Pfg.
 Neue Zwiebeln, 3 Pfund 15 Pfg.
 ff. gem. Zucker, Pfund 20 Pfg.
 Zucker-Bröden, Pfund 22 Pfg.

Otto Burekhardt,

Hüxstrasse 42.

NB.: Große Partien Käse v. 8 Pfg. pr. Pfd. an. Schmelzer Käse, Pfd. 65 Pfg.
 Posten geräuch. Weinstück, Pfd. 78 Pfg.

Die grünen Marken gehen nicht ein.



Neu eingetroffen:

Ein gr. Posten Kleiderstoffe

Blusenstoffe, Hauskleiderstoffe, in eleganten neuen Mustern.

Herren-Anzüge

in großer Auswahl wieder am Lager, außerordentlich preiswert.

Betten, Bettsatins, Bettfedern und Aussteuer-Artikel.

Bettfedern und Daunen per Pfd. 45, 75 Pfg., 1.00, 1.40, 1.75, 2.00 bis 3.50 Mk.

Wilh. Bartelt

Breitestrasse 39.

Gebe grüne Rabattmarken.
 Nehme volle Bücher in Zahlung mit 5 und 10 Mk.

Die grünen Marken gehen nicht ein.

Restaurant „Concordia“

Hüxterdamm 14.

Empfehle von heute an täglich

ff. Eisbein mit Sauerkraut.

Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.

Ausschank von ff. Hansa-Tafelbier.

Ergebenst **Franz Schultz.**

Note Rabattmarken!
Es bleibt dabei,
 Sie kaufen die billigsten und besten
Schuhwaren
 nur bei Louis Levy
 Obere Mariesgrube 2-4, Ecke Klingenberg.
 Note Rabattmarken.

Uhren, Gold- und Silberwaren
 anerkannt billig bei
Ernst Gentzen, Uhrmacher,
 Königstraße 62, bei der Hüxstraße
 Der so sehr beliebt gewordene

präp. helle Tafel-Honig
 ist soeben wieder eingetroffen.
 Pfund 28 u. 35 Pfg.
Job. Nagel,
 Engelsgrube 51.

Früher M. 120.—, jetzt M. 90.—



Florett-Fahrräder

allen voran! Pa. Material,
 2 Jahre Garantie! Freikaufgabe
 Torpedo M. 15 mehr. Mäntel v. M. 3.50 an,
 Schläuche M. 2.80, Nieten-Laternen M. 2.
 H. A. Hill, Fahrrad-Verhandl., Johannisstr. 9
 Mer all Eht bill. Umbos-Fahrräder M. 75, 1 St. Gar.

Arbeiter-Radsport-Verein Lübeck.
 Gegründet 1894.

Tour nach Mölln

am Sonntag den 17. September.
 Abfahrt mittags 1 Uhr vom Vereinshaus

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.

Sonntag den 17. September:
 Herrentour nach Sülsdorf. Bahnfahrt
 2,10 nach Schlutup od. ab Israelsdorf
 1 1/2 Uhr — Panoramafahrt zu
 15 Pfg. f. an den bei Verksft. wieb. vorr.

In großen Sendungen

sind eingetroffen:

Krumpffreie Flanelle in allen Farben

per Mtr. **98** Pfg., 1.18, 1.30, 1.45 bis 2.25 Mk.

Trikot- u. Normal-Unterkleidung

u. N.: Normal-Hemden 98 Pfg. bis 1.18, 1.45 bis 5.75 Mk.
 Normal-Hosen 74, 95 Pfg., 1.28 bis 3.90 Mk.
 Normal-Damenhemden 48, 65, 78 bis 3.25 Mk.
 usw.

Wollene Socken und Strümpfe

gestrickt und gewebt.

Socken für Herren Paar 25, 30, 38 Pfg. bis 1.48 Mk.
 Strümpfe für Damen 50, 58, 65 bis 1.95 Mk.
 Strümpfe für Kinder, Größe 1-10, von 24 Pfg. anfangend.

Spezial-Lager in woll. Strickgarnen

schwarz und meliert, gute Qualität, Pfund 1.05 Mk.
 schwarz und meliert, prima Ware, 2.50
 schwarz und meliert, beste Marke, 3.00
 schwarz und meliert, englisch Embroidery, 3.50
 feine gedrehte schwarze Wollgarne, Lage von 100 Gramm 48, 58, 68, 78 und 88 Pfg.

Land-Wollgarne gewaschen und ungewaschen,

per Pfund 1.50, 1.75, 2.00 Mk.

Loose Wolle wird bei mir gegen Ware umgeliefert.

Die mit Rücksicht auf die hohe Konjunktur noch sehr niedrigen Preise sind eine Folge des rechtzeitigen Abschlusses und des kolossalen Bedarfs in den Artikeln.

(Sie erhalten auf alle Artikel rote Subeka-Marken.)

Markt 4. **Otto Albers** Kohlmarkt 10.

Total-Ausverkauf in Kinderwagen

mit **25 pCt.** Rabatt.

wegen vorgerückter Saison.

Riesen-Bazar

Breitestraße 33.

Pietro Cagna.

Breitestraße 33.

Für Freiheit und Recht

kämpft die in ihrem 53. Jahrgang stehende altbewährte

Berliner

Volks-Zeitung

mit reichillustriertem Sonntagsblatt.

Chefredakteur: Karl Bollrath.

Die „Berliner Volkszeitung“ ist die billigste Zeitung
 täglich zweimal erscheinend.

Interessante Leitartikel. Moderne Weltanschauung. Schnelle und zuverlässige Berichterstattung über alles Wissenswerte. Unabhängiger und aufrichtiger Handelsteil. — Theater, Musik, Literatur, Kunst, Kunstgewerbe, Handwerk, Wissenschaft, Schulwesen, Technik, Verkehr. Interessante Romane erster Autoren.

Abonnementspreis bei allen Postanstalten des Deutschen Reichs
nur 80 Pfg. monatlich

oder 2 Mk. 40 Pfennig vierteljährlich. Probenummern kostenlos.

Im Roman-Feuilletton erscheint neben kleineren Novellen der spannende u. hochinteressante Roman
Die Schuldige von Richard Voss

Annoncen in der weitverbreiteten Berliner Volkszeitung anerkanntermaßen von großer Wirkung.

Expedition der Berliner Volks-Zeitung

Berlin SW. 19, Jerusalemers Straße 46/49.